

## Proteste und Reformen: 1967 bis 1976

### Einleitung

Für die IG Metall begann das Jahr 1967 mit einem Riesenerfolg: Die 40 Stunden Woche mit dem freien Samstag trat am Ende eines Stufenplans in Kraft. Im gleichen Jahr begannen die »Studentenunruhen« und erreichten 1968 einen ersten Höhepunkt (»68er Bewegung«). Die erstarrte gesellschaftliche Situation im Nachkriegsdeutschland wurde plötzlich »aufgebrochen«. Vermeintliche Autoritäten und das politische und wirtschaftliche System wurden in Frage gestellt. Plötzlich war es wieder möglich, über einen demokratischen Sozialismus zu diskutieren. Die Studenten und Schüler forderten mehr Demokratie an Hochschulen, und die gewerkschaftliche Jugendarbeit wurde politischer. Proteste richteten sich gegen die Notstandsgesetze und den Krieg der USA in Vietnam. In Hannover kam es 1969 zur »Rote-Punkt-Aktion« gegen die Fahrpreiserhöhungen der Üstra.

1969 wurde erstmals nach 20 Jahren CDU-Herrschaft ein sozialdemokratischer Bundeskanzler gewählt. Willy Brandt erklärte: »Wir wollen mehr Demokratie wagen.« Man sprach von der »Reformära«: Das Betriebsverfassungsgesetz wurde verbessert und das Mitbestimmungsgesetz verabschiedet. Willy Brandt startete eine neue Ostpolitik und suchte die Entspannung mit der Sowjetunion, mit den sozialistischen, osteuropäischen Ländern und der DDR. Nach dem Rücktritt von Brandt 1974 wurde Helmut Schmidt (SPD) Bundeskanzler.

Am Ende der 1960er erfolgten erste wirtschaftliche Einbrüche, die im Jahr 1973 einen Höhepunkt erreichten. In hannoverschen Großbetrieben wurden von 1970 bis 1975 über 22.000 Arbeitsplätze vernichtet. Die Arbeitslosigkeit stieg in Hannover von 1,1% im Jahr 1967 auf 5% im Jahr 1976. Auch bei der IG Metall Hannover waren es stürmische Zeiten. Der Zweite Bevollmächtigte der IG Metall, Albert Kallweit, beabsichtigte 1972 für die SPD als Oberbürgermeister zu kandidieren, wurde aber von dem jungen Juso-Chef Herbert Schmalstieg ausgebremst. Der Betriebsratsvorsitzende von Volkswagen in Stöcken, Heinz Hilbich, wurde 1973 während der Legislaturperiode von den IG Metall Vertrauensleuten zum Rücktritt gezwungen. Bei der Neuwahl zum Ersten Bevollmächtigten kam es zu einer Kampfabstimmung über die Nachfolge. Der Zweite Bevollmächtigte, Albert Kallweit, unterlag, und der hauptamtliche Bildungsreferent Claus Wagner wurde zum Ersten Bevollmächtigten gewählt.

Das niedersächsische Bildungsurlaubsgesetz und die verbesserten Freistellungsmöglichkeiten nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz schufen die Voraussetzungen für eine intensive gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Der zahlenmäßige Ausbau der Bildungsarbeit der IG Metall und eine qualitative Neuorientierung, war innerhalb der IG Metall heftig umstritten, aber letztlich erfolgreich.

Jahr	Politik	IG Metall in Bund und Land Gewerkschaften und DGB	IG Metall Hannover
1967	Wirtschaft: Stabilitätsgesetz Student Benno Ohnesorg wird bei Protesten in West-Berlin erschossen.	40 Stunden Woche in der Metallindustrie	Arbeitslosigkeit: 1,1% Mitglieder: 43.412 Abwehrstreik bei Hanomag

	Beginn der »68er-Bewegung«		DGB-Aktion »Gegenwehr« gegen die NPD Trauerzug für den aus Hannover stammenden Studenten Benno Ohnesorg
<b>1968</b>	Attentat auf den »Studentenführer« Rudi Dutschke, Aktionen gegen den Springer Konzern »Notstandsgesetze« Proteste gegen den Krieg der USA in Vietnam Gründung der DKP	Protestaktionen gegen die Notstandsgesetze	Hasso Düvel wird Vorsitzender des Ortsjugendausschusses Stellvertreterin: Edith Grosspietsch
<b>1969</b>	Koalition von SPD und FDP Bundeskanzler: Willy Brandt »Konzertierte Aktion« zur Konjunkturpolitik	Inoffizielle »Septemberstreiks« in der Stahl- und Metallindustrie im Ruhrgebiet Kampf um das Berufsbildungsgesetz Jugendaktion: »Vom Lehrling zum Azubi«	»Rote Punkt Aktion« gegen Preiserhöhungen der Üstra Jugendaktionen Beginn des drastischen Arbeitsplatzabbau bei Hanomag 50.000ste Mitglied der IG Metall Hannover
<b>1970</b>	Gesetz zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall »Neue Ostpolitik« zur Entspannung: Verträge von Moskau und Warschau Niedersachsen: Ministerpräsident Alfred Kubel (SPD)		Überfall auf griechische Metallmitglieder durch Schläger des griechischen Geheimdienstes (Broschüre der IG Metall)
<b>1971</b>	Verstärkte Aktionen der RAF (»Rote-Armee-Fraktion«)	Eröffnung des IG Metall Bildungszentrums Sprockhövel	
<b>1972</b>	Neues Betriebsverfassungsgesetz Gescheitertes Misstrauensvotum gegen Willy Brandt Grundlagenvertrag BRD-DDR Einführung von Berufsverboten (»Radikalen-Erlass«) Wahl von Herbert Schmalstieg zum Oberbürgermeister	Tod von Otto Brenner Neuer IG Metall-Vorsitzender: Eugen Loderer Ausbau und Neuausrichtung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit	Umbenennung der Joseph-Straße in Otto-Brenner-Straße Der Zweite Bevollmächtigte Albert Kallweit scheidet mit der Kandidatur zur Oberbürgermeisterwahl Arbeitsplatzabbau bei VW
<b>1973</b>	»Ölkrise« Aktivitäten zur Humanisierung der Arbeitswelt (HdA). Legalisierung von Homosexualität (Änderung des § 175 StGB)	Streik in Baden-Württemberg um den Lohnrahmentarifvertrag II Niedersachsen: Angleichung der Tarifgehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten Tarifkonflikt Sanitär-Handwerk	Abwahl des Betriebsrats-Vorsitzenden Heinz Hilbich bei Volkswagen in Stöcken Kampfabstimmung bei Wahlen der IG Metall: Claus Wagner: 1. Bevollmächtigter Albert Kallweit: 2. Bevollmächtigter
<b>1974</b>	Rücktritt von Willy Brandt Neuer Bundeskanzler: Helmut Schmidt (SPD) BRD wird Fußball Weltmeister	Regelung zur Übernahme von Jugend- und Ausbildungsvertretern (§78a BetrVG)	
<b>1975</b>	Niedersächsisches Bildungsurlaubsgesetz	Bargeldlose Lohn- und Gehaltszahlung vereinbart (im Manteltarifvertrag: Kontoführungsgebühr: 2,50 DM)	Fritz Westphal: 2. Bevollmächtigter
<b>1976</b>	Mitbestimmungsgesetz in den Aufsichtsräten von Großbetrieben Niedersachsen: Ernst Albrecht (CDU) wird Ministerpräsident Tod von RAF-Terroristen in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim		Arbeitslosigkeit: 5% IG Metall Mitglieder: 48.406

## Lebenssituation der Menschen

In der Zeit von 1966 bis 1973 herrschte Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenquote lag unter 1%. Niemand musste sich um seinen Arbeitsplatz Sorgen machen. Erst nach 1973 begann die Arbeitslosigkeit zu steigen, in Hannover kletterte die Arbeitslosenrate auf 5%. Die Erfahrung von Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit war für die Beschäftigten neu und führte bei Vielen zu einer kritischen Einschätzung des angeblichen »Wirtschaftswunder-Landes Deutschland«. Dennoch gelang es der IG Metall, die Löhne und Gehälter kontinuierlich zu steigern, so dass sich auch für Beschäftigte in der Metallindustrie ein bescheidener Wohlstand einstellte. Viele konnten sich jetzt ein eigenes Auto und einen Sommerurlaub leisten – sogar im Ausland. Italien war damals der Hit.

Während die Verhältnisse in der deutschen Gesellschaft der 1950er Jahre eher gemächlich, ruhig und verkrustet waren, änderte sich das insbesondere bei der Jugend schon zu Beginn der 1960er Jahre. Das gilt sowohl für die Studenten als auch für die Gewerkschaftsjugend. Die »68er Revolte« veränderte die bundesrepublikanische Gesellschaft grundlegend. Vermeintliche Autoritäten wurden in Frage gestellt und eine umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche eingefordert – in Betrieben, Universitäten und Schulen. Der Ruf nach sexueller Befreiung wurde lauter. Viele forderten und praktizierten neue Lebensweisen, die in den 1950er Jahren völlig undenkbar waren: lange Haare für Männer, freie Liebe, Sex vor der Ehe, Wohngemeinschaften, laute Rockmusik, Konsum von Haschisch und anderer Drogen. Allgemein war das »Lebensgefühl« in der Zeit nach 1968 von einer Aufbruchstimmung gekennzeichnet. Bestehendes wurde in Frage gestellt, Autoritäten kritisiert und nach neuen Lebensweisen und Utopien gesucht.

Von der Studentenbewegung wurden zahlreiche politische Themen in den Vordergrund gestellt: Kritik an autoritären Strukturen in den Universitäten, Schulen und Betrieben, Kritik am Kolonialkrieg der USA in Vietnam, an der geplanten Notstandsgesetzgebung und an der Medienmacht des Springerkonzerns. Das kapitalistische Wirtschaftssystem wurde kritisiert und über sozialistische Perspektiven diskutiert. Es ist bemerkenswert, dass ähnliche Entwicklungen wie in der Bundesrepublik auch in Frankreich, Italien, den USA und anderen Ländern stattfanden.

### *Musik, Kultur und Sport*

Die Musikszene der Zeit von 1967 bis 1976 war vielfältig – sie reichte von klassischen deutschen Schlagern, über amerikanische bzw. englische Rockmusik bis hin zu politischen Protestsongs. Alles lief zeitlich parallel. Katja Epstein träumte »Wunder gibt es immer wieder« (1970), und Abba gewann mit »Waterloo« im Jahr 1974 den Grand Prix. Udo Lindenberg begann 1973 mit deutschen Rocksongs, wie »Alles klar auf der Andrea Doria«. In den USA wurde das Rockfestival in Woodstock des Jahres 1969 zur Legende mit Auftritten von Joe Cocker, Jimi Hendrix und Joan Baez. Die Beatles brachten ihr Album »Sergeant Peppers Lonely Hearts Club Band« heraus. In den USA entwickelte sich schon Mitte der 1960er Jahre eine Protestsong-Bewegung. Mit der Ballade »The times, they are a changin« nahm Bob Dylan schon 1964 die anstehende »Zeitenwende« voraus. In Deutschland wurden die politischen Protestsongs von Franz-Josef Degenhardt, Hannes Wader und Dieter Süverkrüp immer populärer.

In Hannover wurden in der Stadt mehrere Skulpturen aufgestellt. Um die »Nanas« von Niki de Saint Phalle gab es in Teilen der Bevölkerung heftige Proteste.<sup>1</sup> Insbesondere viele junge Menschen »verteidigten« die Skulpturen. Heute gehören sie zu den hannoverschen Wahrzeichen.

Im Kino waren sowohl der kritische amerikanische Film »Easy Rider« als auch die Schnulze »Love-Story« erfolgreich. Das Spektrum reichte von Roman Polanskis »Tanz der Vampire« bis zur Enthüllungsgeschichte über den Watergate Skandal in den USA »Die Unbestechlichen«. Die einsetzende sexuelle Befreiung führte in den deutschen Kinos zu einer Welle von sogenannten Aufklärungs- und Sex-Filmen wie etwa Oswald Kolles »Wunder der Liebe – Sexualität in der Ehe«. 1967 startete in West-Deutschland das Farbfernsehen und zahlreiche neue Sendungen und Serien eroberten die Wohnzimmer. 1969 lief die erste Sendung der ZDF-Hitparade, 1970 der erste Tatort, 1971 die erste »Sendung mit der Maus« und ab 1973 die Serie »Ein Herz und eine Seele« mit »Ekel Alfred«. Kulturell war die Zeitperiode von 1967 bis 1976 vielfältig, widersprüchlich und von vielen, neuen Impulsen geprägt.

### *Entdeckung von Pizza, Döner, Gyros und Tapas*

Die Frage »Wollen wir heute Abend beim Griechen oder Italiener essen gehen?« hätte bis Mitte der 1960er Jahre niemand verstanden. Es gab bis auf ganz wenige Ausnahmen ausschließlich Restaurants mit deutscher Küche. Auf den Speisekarten fanden sich Gerichte wie Schweinebraten, Roulade, Schweinekotelett und Königsberger Klopse. Im Zuge der Migration aus Südeuropa nach Deutschland änderte sich nicht nur die Situation in den Betrieben, sondern auch im Alltagsleben und den Restaurants. Die heutige Vielfalt von Restaurants mit verschiedenen ausländischen Küchen war unbekannt. Zunächst setzte sich Mitte der 1960er Jahre die italienische Pizza durch, später kamen griechisches Gyros, türkischer Döner und spanische Tapas hinzu.

Für Fußballfreunde war das Jahr 1974 etwas Besonderes: Fußballweltmeisterschaft in der Bundesrepublik. Nachdem die bundesdeutsche Nationalmannschaft in der Vorrunde gegen die DDR 1:0 verloren hatte, wurde sie schließlich mit einem Sieg im Endspiel gegen die Niederlande Weltmeister.

Auch für die Autofahrer brachte das Jahr 1974 eine Neuerung: Neuwagen mussten mit Sicherheitsgurten ausgestattet sein. Die Anschnallpflicht kam erst 1976.

## **Politische Situation**

Nach über 20 Jahren CDU-Herrschaft leitet die erstmalige Wahl eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers eine Zeitenwende ein. Die sozial-liberale Koalition von SPD und FDP mit Bundeskanzler Willy Brandt und Vize-Kanzler Walter Scheel setzte zahlreiche neuen Impulse. Die »neue Ostpolitik« war heftig umstritten, führte aber letztlich zur Entspannung und zu Verträgen mit der Sowjetunion, den osteuropäischen Staaten und der DDR.

Die politische Situation war von harten Konflikten zwischen CDU und SPD bestimmt. Innenpolitisch wurden zahlreichen Reformen realisiert, die für die Beschäftigten und ihre

---

<sup>1</sup> Benne, Simon (2018) [\[in Lit. = 2016\]](#): 1968 – Als die Revolte nach Hannover kam, Hannover, S. 95 und 98

Gewerkschaften wichtig waren. Im Lohnfortzahlungsgesetz von 1970 wurde nun auch gesetzlich die 6-wöchige Entgeltfortzahlung für Arbeiter und Angestellte ohne Karenztage im Bundestag beschlossen. Das neue Betriebsverfassungsgesetz 1972 realisierte in wesentlichen Punkten mehr Mitbestimmungsrechte für die Betriebsräte und regelte die bezahlte Freistellung der Betriebsratsmitglieder für Bildungsmaßnahmen. Ausländische Beschäftigte wurden gleichgestellt. Im Zuge einer allgemeinen Debatte zur Humanisierung der Arbeit (HdA) wurden u.a. eine neue Arbeitsstättenverordnung und eine neue Arbeitsstoffverordnung erlassen, die wesentliche Fortschritte zur menschengerechten Gestaltung der Arbeit brachten.

Der SPD-Wirtschaftsminister Schiller berief mit der »Konzertierten Aktion« ein Gremium zur Beratung der wirtschaftlichen Rahmendaten und zur Konjunkturpolitik. Beteiligt waren neben dem Wirtschaftsministerium die deutsche Bundesbank, die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände. Die Beteiligung der Gewerkschaften war intern heiß umstritten. Einige befürchteten, dass sie dort auf niedrige Tarifforderungen festgelegt werden sollten. Die IG Metall und ihr Vorsitzender Otto Brenner machten dagegen immer wieder deutlich, dass die IG Metall ihre Tarifforderungen eigenständig und autonom aufstellen würde, die »Konzertierte Aktion« habe für die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften keine Bedeutung.

Im Jahr 1972 versuchte die CDU, Bundeskanzler Willy Brandt durch ein Misstrauensvotum zu stürzen. Dazu gab es in vielen Städten Protestaktionen, so auch in Hannover am 26. April. Das Misstrauensvotum scheiterte im Bundestag. 1974 wurde bekannt, dass die DDR im Bundeskanzleramt den Spion Günter Guillaume eingeschleust hatte. Nach dessen Enttarnung trat Willy Brandt zurück und Helmut Schmidt wurde Bundeskanzler. Das letzte große Reformprojekt der sozial-liberalen Koalition war die Verabschiedung des Gesetzes über die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften mit mehr als 2.000 Beschäftigten. Dieses Gesetz ist aus Sicht der Gewerkschaften in mehrfacher Hinsicht unzureichend, weil es keine echte Parität im Aufsichtsrat vorsieht, denn in Konfliktsituationen hat der Aufsichtsratsvorsitzende der Kapitaleseite ein Doppelstimmrecht. Dennoch ist das Gesetz auch heute noch eine Plattform, auf der zahlreiche Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten für die Belegschaften positive Regelungen durchsetzen konnten.

In Niedersachsen war die Verabschiedung des Bildungsurlaubsgesetzes und der dort verankerte bezahlte Freistellungsanspruch von fünf Tagen für politische Bildung für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit ein entscheidender Schritt nach vorne. 1976 kam es mitten in der Wahlperiode zu einer Abstimmung über einen Vorschlag der SPD für einen neuen Ministerpräsidenten. Obwohl die bisherigen SPD-FDP-Koalition über eine Mehrheit verfügte, wurde der CDU-Politiker Ernst Albrecht als Ministerpräsident gewählt. Wer die »Überläufer« waren, ist bis heute ungeklärt. Ernst Albrecht war der Vater der heutigen Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen.

Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Jahr 1956 gab es in Westdeutschland keine kommunistische Partei mehr. Nach Gesprächen ehemaliger KPD-Funktionäre mit Bundesinnenminister Gustav Heinemann kam es 1968 zur Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Vorher hatte sich bereits ihre Jugendorganisation gegründet – die sozialistische deutsche Arbeiterjugend (SDAJ). Die DKP kam bei Bundes- und Landtagswahlen nie über die 5%-Hürde hinaus. Da aber etliche aktive Gewerkschaftsmitglieder Mitglied der DKP und der SDAJ wurden, spielte sie in den Gewerkschaften eine gewisse Rolle, was zu internen Kontroversen führte.

Die Zeit von 1970 bis weit in die die 1980er Jahre war auch geprägt von Aktionen, Attentaten und Terrorakten der selbsternannten Roten Armee Fraktion (RAF). Die Attentate auf Repräsentanten des Staates und der Wirtschaft führten zu harten Gegenreaktionen. Im Jahr 1972 werden die Spitzen der RAF verhaftet: Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe. In der Haftanstalt Stuttgart Stammheim begehen sie 1976 und 1977 zusammen mit anderen Gefangenen Selbstmord.

### **Die »68er Studentenrevolte«, Proteste in Hannover und die »Rote-Punkt-Aktion«**

1967 kam der Schah des Iran zum Staatsbesuch nach Berlin. Studenten protestierten gegen den Besuch des autoritären Herrschers, es kam zu Demonstrationen und zu gewaltsamen Übergriffen seitens der die Polizei und auch iranischer Geheimdienstler gegen die Demonstranten. Die Situation eskalierte. Am 2. Juni wurde bei einer Demonstration in Berlin der Hannoveraner Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen. Dies führte bundesweit zu Protestaktionen und Demonstrationen der Studenten und der Jugend. Der Leichnam von Benno Ohnesorg wurde von West-Berlin durch die DDR nach Hannover überführt. Bei der Beerdigung am 9. Juni folgten über 7.000 Menschen dem Sarg.

#### *Proteste gegen den Vietnamkrieg der USA*

Der jahrelange Krieg der USA in Vietnam führte weltweit zu immer stärker werdenden Protesten gegen die USA, so auch in Deutschland. In Hannover fanden regelmäßig Demonstrationen vor dem Amerikahaus in der Prinzenstraße statt, an denen sich auch die IG Metall Jugend beteiligte.<sup>2</sup>

Die Studentenbewegung griff den damals größten Zeitungsverlag von Axel Springer massiv an. In der Bildzeitung und anderen Zeitungen des Springerverlages wurde systematisch gegen die Studenten gehetzt. Als informelle Führungspersönlichkeit der Studentenbewegung galt der Berliner Soziologiestudent Rudi Dutschke. Gerade gegen ihn richteten sich zahlreiche Artikel in der Springerpresse. Am 11. April 1968 wurde in Berlin auf Rudi Dutschke ein Attentat verübt, bei dem er schwer verletzt wurde. Der rechtsradikale Attentäter hasste die Studenten und insbesondere Dutschke. Da dieses Attentat in einem Klima der Hetze stattfand, wurde der Springer Konzern erneute zur Zielscheibe von erweiterten Protesten.

In fast allen Städten fanden daraufhin um Ostern 1968 Demonstrationen und Proteste statt – die »Osterunruhen«. In vielen Städten kam es zu Blockadeaktionen vor Verlagshäusern des Springer-Konzerns. In Hannover versuchten am 12. April 1.500 Demonstranten vor dem Pressehaus an der Goseriede die Auslieferung der Bild-Zeitung zu verhindern – heute sind dort die ver.di-Höfe angesiedelt. Dabei kam es zu einem brutalen Polizeieinsatz gegen die Demonstranten.

Trotz ablehnender Haltung des DGB-Bundesvorsitzenden Ludwig Rosenberg demonstrierten in Hannover Beschäftigte und Studenten gemeinsam am 1. Mai. Auf der Kundgebung des DGB in Hannover redete mit Rainer Lichte erstmals ein Vertreter der Studentenschaft. Die Hannoversche Allgemeine Zeitung bemerkte, dass sich unter den 6.000 Teilnehmern mehre

---

<sup>2</sup> Zeitzeugengespräch mit Rolf Homeyer

hundert Studenten befanden. Auch Sprecher des Hannoveraner Sozialistischen Studentenbundes Deutschlands (SDS) waren auf der Kundgebung vertreten.<sup>3</sup>

### *Aktiv gegen die NPD*

Bei der Landtagswahl im Juni 1967 erhielt die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 7% der Stimmen und zog in den niedersächsischen Landtag ein. Am 10. November 1967 hielt die NPD ihren Bundesparteitag in Hannover ab. Dagegen protestierte ein »Kuratorium Schutz der Demokratie. Bürgeraktion gegen Rechtsradikalismus«, das von Gewerkschaftern, SPD-Politikern und Universitätsprofessoren ins Leben gerufen worden war, mit einer Kundgebung auf dem Opernplatz. Zu weiteren Protestaktionen gegen die NPD kam es am 18. August und dem 22. September 1967. Die Polizei ging dabei massiv mit Gummiknüppel- und Wasserwerfer-Einsätzen gegen die 2.000 Demonstranten vor. Mehr als 500 Polizisten und über 20 berittene Polizisten waren im Einsatz. 40 Personen wurden verhaftet.<sup>4</sup>

### *Konflikt um die Notstandsgesetze*

Bei den sogenannten Notstandsgesetzen handelte es sich um Änderungen des Grundgesetzes, z.B. für den äußeren und inneren Notstand, den Katastrophen- und den Verteidigungsfall. Heftig umstritten war dabei die Frage, ob in diesen Situationen auch Grundrechte eingeschränkt werden durften, die im Grundgesetz fest vereinbart sind, wie z.B. die Freizügigkeit, die Berufsfreiheit, die Tarifautonomie oder das Post- und Fernmeldegeheimnis. Von Seiten der CDU hatte es seit Beginn der 1960er Jahre zahlreiche Vorstöße zur Verabschiedung von Notstandsgesetzen gegeben, die aber an der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag scheiterten.

In den Metallzeitingen der 1960er Jahre hat die IG Metall immer wieder ihre konsequente Ablehnung der Notstandsgesetze deutlich gemacht. Im Jahr 1966 wurde mit Unterstützung der IG Metall das »Kuratorium Notstand der Demokratie« gegründet. Namhafte Wissenschaftler vertraten die Positionen gegen die Notstandsgesetze, wie etwa Helmut Ridder, Wolfgang Abendroth sowie Jürgen Seifert. Das Büro des Kuratoriums war in Frankfurt im Gebäude der IG Metall Vorstandsverwaltung angesiedelt und wurde vom IG Metall-Sekretär Helmut Schauer organisatorisch betreut. Der Kongress »Notstand der Demokratie« im Jahr 1966 fasste die Positionen öffentlichkeitswirksam zusammen.

Mit Beginn der großen Koalition von CDU und SPD im Jahr 1967 erhielten die Debatten und Konflikte um die Notstandsgesetze einen neuen Stellenwert, da die beiden Regierungsparteien über eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag verfügten. Als die ersten Gesetzesentwürfe von CDU und SPD bekannt wurden, kam es zu Protesten, der Studentenbewegung, der Gewerkschaften und der Öffentlichkeit. Auf den Demonstrationen war zu hören: »SPD und CDU – lasst das Grundgesetz in Ruh!«

Es kam zu Konflikten, auch zwischen der IG Metall und der SPD. Allerdings gelang es nicht, eine einheitliche Demonstration aller Beteiligten zu organisieren. Im Mai 1968 kam es wenige Tage vor der Abstimmung im Bundestag zu zwei getrennten Demonstrationen: Im

<sup>3</sup> Hannoversche Allgemeine Zeitung 3. Mai 1968

<sup>4</sup> Weiberg, G., Demonstrationen und andere Ereignisse; in: Weiberg, G./Mechler, W.-D. (2019): Ansichten der Revolte – Hannover 1967 – 1969, Hannover, S. 219/220

Bonner Hofgarten demonstrierten 40.000 Menschen, die einem Aufruf des Kuratoriums Notstand der Demokratie gefolgt waren. Am selben Tag demonstrierten die DGB-Gewerkschaften in Dortmund mit 12.000 Teilnehmern. Auf der kurz zuvor stattgefundenen Jugendkonferenz der IG Metall kam es wegen dieser getrennten Demonstrationen zu Kontroversen. In der entscheidenden Abstimmung im Bundestag stimmte lediglich eine Minderheit der Abgeordneten gegen die Notstandsgesetze. Viele Bundestagsabgeordnete, die Mitglied einer DGB-Gewerkschaft waren, stimmten den Gesetzen zu, obwohl die Gewerkschaften den Gesetzentwurf ablehnten. Dies war die erste große Belastungsprobe im Verhältnis von IG Metall und SPD.

*Der »Rote Punkt«: Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr in Hannover<sup>5</sup>*

Im Juni 1969 kam es in Hannover zu einer 11-tägigen einzigartigen Protestaktion, die die ganze Stadt erfasste. Die Hannoverschen Verkehrsbetriebe (Üstra) hatten im Juni eine drastische Erhöhung der Fahrpreise angekündigt. Ein halbes Jahr später sollten die Fahrpreise für Schüler- und Studenten um 70% steigen. Die Üstra war damals noch ein Privatunternehmen und gehörte zur Preußenelektra (heute: eon). Viele Menschen waren erbost, dass die Üstra im letzten Jahr eine satte Dividende von 1,4 Millionen DM an die Preußenelektra überwiesen hatte. Gegen die Preiserhöhungen bildete sich ein breites Aktionsbündnis verschiedener politischer und studentischer Organisationen. Es wurde mehr oder weniger inoffiziell vom Hannoveraner Kabarettisten Dietrich Kittner und einer Gruppe von Studenten, die sich im »club voltaire« in der Escherstraße trafen, koordiniert. Die Forderung lautete: Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen. Es wurden Blockaden der Straßenbahnen-Linien organisiert, wobei es teilweise zu brutalen Aktionen der Polizei gegen die Demonstrierenden kam. Um den Bürgern der Stadt Transportmöglichkeiten zu sichern, bildete sich spontan ein informelles System der kostenlosen Mitnahme in PKWs die an der Windschutzscheibe mit einem »Roten Punkt« gekennzeichnet waren. Tausende von PKWs hatten einen roten Punkt und beförderten kostenlos die Menschen in alle Stadtteile Hannovers. Dass dieses System ohne formelle Organisation mehrere Tage hervorragend klappte, beflügelte alle Demonstranten.

Die Gewerkschaften waren zunächst nicht beteiligt. Mehrere Betriebsräte und Vertrauenskörperleitungen aus Hannoveraner Betrieben forderten die IG Metall und den DGB auf, die Protestaktionen zu unterstützen – so von Berstorff, Telefunken, und Volkswagen.<sup>6</sup> Schließlich veröffentlichte der DGB am 12. Juni ein Flugblatt, mit dem er sich den Forderungen des Aktionsbündnisses anschloss.

Die Gewerkschaftsjugend beteiligt sich an den Protestaktionen und den Transportfahrten. Die damalige Jugendsprecherin von Hanomag, Edith Grosspietsch, erinnert sich: »Bei der »Rote-Punkt-Aktion« habe ich den Käfer von Jürgen Peters Vater gefahren, habe einen roten Punkt an die Scheibe geklebt und habe dann Leute in Hannover kostenlos transportiert. Spenden wurden abends im Club Voltaire abgeliefert. Die Abende mit Dietrich Kittner waren etwas Besonderes für mich, ein Hauch von Sozialismus, alles wurde gemeinschaftlich

---

<sup>5</sup> Mechler, W.-D., Heiße Tage im Juni – Die rote Punktaktion in Hannover; in: Weiberg/Mechler (2019), a.a.O., S. 253ff.

<sup>6</sup> Briefe vom Betriebsrat und VKL, Fa. Berstorff vom 9.6.1969; Betriebsrat und VKL von AEG-Telefunken vom 13.6.1969; VKL von Volkswagen vom 12.6.1969; Archiv für soziale Demokratie der FES, Bonn; 5/IGMA072127

beraten, geplant und durchgeführt.«<sup>7</sup> Nach elf-tägigen Protesten kam der Durchbruch. Die Üstra gab nach und die Fahrpreiserhöhungen wurden zurückgenommen. Da es zahlreiche Klagen gegen Demonstranten gab, wurde zur solidarischen Unterstützung Geld gesammelt. Auch der Erste Bevollmächtigte der IG Metall, Heini Menius, sagte finanzielle Unterstützung zu.<sup>8</sup>

### *Studentenbewegung und IG Metall Jugend*

Die Politisierung der Studenten und der IG Metall Jugend erfolgte in dieser Zeit parallel, aber nur mit wenigen direkten Berührungspunkten. Hasso Düvel, Jugendvertreter bei der Fa. Wohlenberg und ab 1968 OJA-Vorsitzender, formuliert es so: »Die 68er Studentenbewegung hat die Jugendarbeit der IG Metall nur wenig beeinflusst; politisiert haben wir uns selber. In Hannover haben wir bei der ›Rote-Punkt-Aktion‹ gegen die Fahrpreiserhöhungen der Üstra eng mit den Studenten zusammengearbeitet. Wir haben viele Veranstaltungen im Freizeithaus Linden mit Egon Kuhn durchgeführt. Das gehörte zu unserer politischen Kulturarbeit. Auch bei den Pfingstjugendtreffen standen politische Themen im Vordergrund.«<sup>9</sup>

Edith Grosspietsch beschreibt das Verhältnis der IG Metall Jugend zur Studentenbewegung so: »Wir hatten offensichtlich immer Kontakt zu Studenten und Akademikern, die den Gewerkschaften nahestanden und die über die Bildungsarbeit zu uns kamen. Es gab vor allem von der Studentenbewegung und linken Akademikern viele inhaltliche Impulse, vor allem in der Bildungsarbeit. Ich habe mich nicht an der Uni oder im Lehrlingszentrum aufgehalten. Diese Vertreter kamen eher zu uns. Daher hat in meiner Erinnerung die Studentenbewegung oder die Lehrlingsbewegung in Hannover eher eine untergeordnete Rolle gespielt. Aber gefühlt waren wir ja die Lehrlingsbewegung!«<sup>10</sup>

### *Maoistische K-Gruppen*

In der lebhaften politischen Debatte Anfang ab den 1970er Jahre innerhalb der Linken spielten auch »K-Gruppen« eine begrenzte Rolle, wobei das »K« für Kommunismus stand. Sie hatten in einigen Großbetrieben, auch in der Metallindustrie, eine gewisse Relevanz, blieben aber immer eine kleine Minderheit. Die meisten dieser Gruppen orientierten sich am Kurs der chinesischen kommunistischen Partei und ihrem Vorsitzenden Mao. Daher auch der Begriff der »maoistischen K-Gruppen«. Sie grenzten sich strikt von anderen Sozialisten, aber auch von der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ab.

Sie kritisierten offen und massiv die Vorstände der Gewerkschaften, propagierten eigene Forderungen, riefen zu eigenen Aktionen auf und grenzten sich stark von den Positionen der Gewerkschaften ab. Einige wollten »revolutionärer Gewerkschaften« aufbauen. Zu diesen Gruppen gehörten die KPD/ML (Kommunistische Partei Deutschland/Marxisten, Leninisten), der KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands) und die KABD (Kommunistischer Arbeiterbund Deutschland).

---

<sup>7</sup> Zeitzeugengespräch mit Edith Grosspietsch

<sup>8</sup> Metallzeitung, Heft 14, 8.Juli 1969, S. 5

<sup>9</sup> Zeitzeugengespräch mit Hasso Düvel

<sup>10</sup> Zeitzeugengespräch mit Edith Grosspietsch

Die K-Gruppen hatten in der Interessenvertretung der Hannoveraner Landesverwaltung und Stadtverwaltung einen nicht unerheblichen Einfluss. In den Metallbetrieben in Hannover war dieser allerdings sehr begrenzt, sie wurden jedoch in der Debatte sichtbar, z.B. durch Flugblätter, Transparente und Kandidaten bei Betriebswahlen usw. Sie traten u.a. bei Volkswagen, Wabco, Hanomag, Siemens und Kabelmetal auf. Bis auf einzelne Personen erhielten sie bei Betriebsratswahlen kaum Unterstützung. Diese Betriebsräte der Metallindustrie traten dann aber später aus oder wurden ausgeschlossen.

Wegen Aktivitäten gegen die Gewerkschaften wurden mehrere Gruppen bzw. Parteien 1973 in einem Beschluss des Beirats der IG Metall als gewerkschaftsfeindlich bezeichnet. Eine Mitgliedschaft in diesen Parteien war nicht mit einer Mitgliedschaft in der IG Metall vereinbar und konnte zum Ausschluss aus der IG Metall führen. Dies betraf u.a. die KPD, die KPD/ML, die KPD/AO, den KBW und den KABD.

## Situation in den Betrieben

### *Der Streik bei Hanomag im Jahr 1967<sup>11</sup>*

Bundesweites Aufsehen erregte ein mehrtägiger Streik bei der Firma Hanomag in Hannover. In der Metallzeitung und in der Monatsschrift »Der Gewerkschafter« wurde darüber ausführlich berichtet. Am 26. April 1967 kündigte der Vorstand der Rhein Stahl Hanomag AG an, dass die Effektivlöhne um 5 bis 6% gekürzt werden sollten. Zwei Tage später informierte der Betriebsrat um 10 Uhr in Info-Runden die Belegschaft über die Absichten der Unternehmensleitung. Daraufhin trat die Belegschaft vormittags geschlossen in den Streik und bildete eine Streikleitung von 13 Kollegen. Rund 4.000 Beschäftigte beteiligten sich an dem Streik. Da der Vorstand seine Bereitschaft zu Verhandlungen erklärte, wurde die Arbeit um 13:30 Uhr wieder aufgenommen.

Um 15 Uhr traf der Arbeitsdirektor, Fritz Poth, aus der Konzernzentrale in Essen in Hannover ein. Er machte einen angeblichen Kompromissvorschlag: die übertariflichen Zulagen sollen lediglich um 2,5%, dafür aber die freiwillige Weihnachtsgratifikation gekürzt werden. Dieser Vorschlag wurde vom Betriebsrat abgelehnt. Mehrere Verhandlungsrunden führten zu keinem Ergebnis, worauf die Belegschaft am 2. und 3. Mai mehrstündige Warnstreiks durchführte. Die IG Metall und der Betriebsrat informierten parallel auf einer Pressekonferenz. Am 9. und 10. Mai wurde unter Hinzuziehung der IG Metall und des Arbeitgeberverbandes weiterverhandelt. Zwischendurch machte der Arbeitsdirektor erneut einen Vorschlag: Auf die Kürzung der übertariflichen Zahlungen soll verzichtet werden, dafür soll die Weihnachtsgratifikation und das Treuegeld gestrichen werden.

Auch dieser Vorschlag wurde vom Betriebsrat und der IG Metall abgelehnt. Am 16. und 18. Mai wurde erneut für drei Tage gestreikt. Dazu erschien ein Flugblatt der IG Metall. Am 19. Mai kam der Durchbruch. Der Vorstand machte einen Rückzieher und verzichtete auf die

---

<sup>11</sup> Metallzeitung Hefte 10 und 11, 1967; Der Gewerkschafter Heft 6, Juni 1967, S. 220-223; Suhrkemper, K.-P. (1981): Inoffizielle Streiks, informelle Systeme und betriebliche Gegenmacht, Dissertation, Universität Hannover, S. 118 bis 299 (Die Hanomag wird hier anonymisiert als »Maschinen- und Fahrzeugbau GmbH« dargestellt); Arbeiterpolitik – Informationsbrief der Gruppe Bremen, Heft 4 vom 14.9.1967: Was lehrt der Hanomagstreik?

geplanten Kürzungen. In Verhandlungen sollten allerdings andere Sparmöglichkeiten geprüft werden. Ein Sieg der Beschäftigten auf der ganzen Linie. In der Metallzeitung wurde bundesweit über den erfolgreichen Widerstand berichtet. Während einer Pressekonferenz gab Heini Menius das Ergebnis des Konflikts bekannt.

Der Streik bei Hanomag war einer der ersten bundesweiten Streiks gegen die Kürzung von übertariflichen Zulagen und markiert eine Phase mit härter werdenden Konflikten zwischen Kapital und Arbeit. Die Welt am Sonntag schrieb dazu: »Zum ersten Mal ist damit in einem westdeutschen Unternehmen von der Belegschaft die Erfüllung außertariflicher Leistungen ›erstreikt‹ worden. Der Präzedenzfall war von der Gewerkschaft und der deutschen Industrie mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt worden.«<sup>12</sup> Da die IG Metall nicht offiziell zum Streik aufrufen konnte und auch der Betriebsrat durch das Betriebsverfassungsgesetz nur eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten besaß, kam den Vertrauensleuten eine besondere Bedeutung beim Streik zu. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad wuchs nach dem erfolgreichen Streik von 90% auf 99%. Im Nachhinein wurde beschlossen, dass die Streikenden ein Ausfallgeld von 3,50 DM pro ausgefallene Stunde erhalten, das zum Teil von der IG Metall Hannover, zum Teil vom IG Metall Vorstand und durch Spenden finanziert wurde.<sup>13</sup>

#### Hanomag, Teil 2

Die Entwicklung der Hanomag nach 1945 ist auf Seite XXX geschildert. Nach 1952 kam die Hanomag zur Rheinstahl AG und hatte bald wieder 10.000 Beschäftigte. Es wurden überwiegend Nutzfahrzeuge, Traktoren und Baumaschinen hergestellt. Die Rheinstahl Hanomag AG war bis 1959 der größte Hannoveraner Metallbetrieb. Als in diesem Jahr im Volkswagenwerk in Stöcken 13.000 Menschen beschäftigt wurden, rutschte Hanomag auf Platz 2. Aufgrund der jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Tradition in diesem Werk war der gewerkschaftspolitische Einfluss der Interessenvertretung von der Hanomag in der IG Metall Hannover sehr stark. Viele Hauptamtliche der IG Metall hatten früher mehrere Jahre bei Hanomag gearbeitet, so etwa Otto Brenner, Alfred Dannenberg, Jürgen Peters, Edith Grosspietsch, Werner Arndt und Wolfgang Duda.

Nach dem Tod von Ernst Winter wurde 1954 Richard Flüge Betriebsratsvorsitzender. Von 1965 bis 1990 war der Betriebsratsvorsitzende Siegesbert Kassubowski die prägende Person der Interessenvertretung. Er wurde auch Betriebsratsvorsitzender bei der Nachfolgesellschaft. 1965 hatte die Hanomag den höchsten Stand der Beschäftigung – über 14.000. Von da an ging es jedoch permanent bergab. Der Rheinstahl-Konzern vernachlässigte Innovationen und Investitionen, stellte 1970 die Traktorenfertigung ein, gliederte die LKW-Produktion aus und zeigte am Schluss wenig Interesse an der Hanomag.

In der Zeit von 1970 bis 1975 wurden bei Hanomag 5.000 Arbeitsplätze vernichtet. Die Belegschaftsstärke sank von ca. 8.000 auf 3.000 Beschäftigte. Es kam zu mehreren Protestaktionen der Hanomag-Beschäftigten. Die Proteste fanden nicht nur bei der Hanomag, sondern auch im Hannoveraner Stadtteil Linden statt. Der SPD-Ortsverein Linden-

<sup>12</sup> Welt am Sonntag, 20.Mai 1967, zitiert nach einer Dokumentensammlung zum Hanomag Streik 1967 in einer Festschrift zum 60. Geburtstag von Heinrich Menius, 31.Mai 1968, Archiv der IG Metall Hannover

<sup>13</sup> Protokoll der Sitzung der Ortsverwaltung vom 22.Juni 1967, Archiv der IG Metall Hannover. Archiv der sozialen Demokratie des FES, 5/IGMA072121

Limmer berichtete in ihrer Zeitschrift »Das rote Lindenblatt« über die Konflikte bei Hanomag und forderte die Bürger zur Solidarität auf.

Zu den Sozialplanverhandlungen erinnert sich der damalige Hanomag-Betriebsrat und spätere IG Metall Sekretär Wolfgang Duda: »Nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz von 1972 gab es verbesserte Möglichkeiten zur Vereinbarung von Sozialplänen. Ich war damals auch Sprecher der Personalkommission. Wir haben mit jedem einzelnen Kollegen gesprochen, der vom Unternehmen zur Kündigung vorgesehen war. Mit jedem Einzelnen! Wir haben nach rechtlichen Möglichkeiten gesucht, dem widersprechen zu können. Dieser massive Arbeitsplatzabbau war sehr belastend, tausende von Kollegen waren ja betroffen. Ich habe manche Nacht nicht richtig schlafen können.«<sup>14</sup> Gegen den massiven Arbeitsplatzabbau protestierte die Belegschaft zusammen mit der IG Metall und dem Betriebsrat. 1972 gab es einen Protestmarsch zum neuen Rathaus. Letztlich konnte der Arbeitsplatzabbau nicht verhindert werden. Die Beschäftigtenzahl sank 1974 auf 2.664.

In diesem Jahr verkaufte Rheinstahl schließlich die Hanomag an den kanadischen Baumaschinenhersteller Massey Ferguson. 1980 kaufte der wirtschaftskriminelle Unternehmer Horst-Dieter Esch die Hanomag von Massey Ferguson. Im Jahr 1984 hatte er das Unternehmen so runtergewirtschaftet, dass er Konkurs anmelden musste (davon mehr auf S. XXX).

Siegesbert Kassubowski<sup>15</sup>

\*13. Oktober 1930 in Hannover, † 8. Januar 2000 in Hannover

Betriebsratsvorsitzender Hanomag

Am 1. April 1946 begann Siegesbert Kassubowski im Alter von 15 Jahren eine Ausbildung als Dreher bei der Fa. Hanomag in Hannover. Im Juni 1946 wurde er Mitglied der IG Metall. Nach Abschluss seiner Ausbildung arbeitet er bis 1953 als Dreher im Brennstoffpumpenbau und in der Maschinen-Reparatur. 1953 wurde er technischer Revisor im Motoren- und Getriebebau. 1955 wurde er erstmals in dem Betriebsrat gewählt. Von 1959 bis 1965 war er stellvertretender Betriebsratsvorsitzender und wurde 1965 als Vorsitzender des Betriebsrates gewählt, was er bis zum Konkurs im Jahr 1984 blieb.

Nach dem »Neuanfang« der Hanomag AG im Juni 1984 wurde er erneut Betriebsratsvorsitzender und blieb es bis zum 31. März 1990. Er war 25 Jahre Mitglied in der Ortsverwaltung. In der Zeit von 1968 bis 1990 war er als Arbeitnehmersvertreter Mitglied in den Aufsichtsräten der verschiedenen Hanomag Gesellschaften. Er war seit 1960 ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht Hannover und ab 1968 des Landesarbeitsgerichtes Niedersachsen/Bremen.

Zu Siegesbert Kassubowski, der unter Kollegen immer »Kassu« genannt wurde, gibt es unterschiedliche Bewertungen. Viele schildern ihn in der Zeit der 1960er und 1970er Jahre als engagierten, charismatischen Betriebsratsvorsitzenden, der viel für die Belegschaft herausholte und viele junge Gewerkschafter unterstützt und geprägt hat.<sup>16</sup> Kritische

<sup>14</sup> Zeitzeugengespräch mit Wolfgang Duda

<sup>15</sup> Grabrede von Wolfgang Duda (mit Lebenslauf)

<sup>16</sup> Vgl. die Zeitzeugengespräche mit Jürgen Peters und Edith Grosspietsch

Stimmen finden sich zu seiner Rolle während des Konkurses der Hanomag und seiner Rolle als Betriebsratsvorsitzender der Hanomag Baumaschinen AG – der Auffanggesellschaft nach dem Konkurs.<sup>17</sup> Am Ende seines Arbeitslebens war er gesundheitlich stark angeschlagen. Am 31. März 1990 schied er aus dem Arbeitsleben aus.

Wolfgang Duda<sup>18</sup>

\*13. März 1941 in Ronnenberg bei Hannover, † 20. Juni 2021 in Wennigsen bei Hannover  
Betriebsratsmitglied bei Hanomag, später Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Hannover und Bezirkssekretär der Bezirksleitung Hannover

Im Alter von 14 Jahren begann Wolfgang Duda 1955 eine Lehre als Landmaschinen-Mechaniker bei einem Landmaschinenhersteller in Wennigsen. Nach Abschluss der Ausbildung im Jahr 1958 arbeitete er weiter in dem Betrieb und erhielt zunächst einen Stundenlohn von 1,58 DM, den Facharbeiterlohn im Handwerk. Aufgrund der niedrigen Arbeitslosigkeit war es damals üblich, dass Beschäftigte bei Firmen kündigten, um so ein höheres Lohnangebot zu erhalten. So auch Wolfgang. Am 1. März 1960 wechselte er zur Hanomag. Er erinnert sich: »Bei der Hanomag war ich zunächst am Fließband in der Trecker-Montage. Ich war in Normalschicht. Wir hatten Akkordlohn und haben ca. 158% abgerechnet, obwohl das Arbeitstempo erträglich war. Wir hatten natürlich auch unsere Tricks drauf, wie wir effektiver arbeiten konnten, als es bei der Zeitaufnahme zugrunde gelegt war. Später wechselte ich in den Prototypenbau bei den Radladern. Ich habe die Getriebe gebaut. Das war natürlich eine interessantere Arbeit als vorher am Band. Wir hatten im Prototypenbau zunächst Zeitlohn, haben dann aber die Einführung von Akkordlohn gefordert, was uns auch gelang das durchzusetzen.«

Wolfgang ist bei der Hanomag am 1. März 1960 in die IG Metall eingetreten. Im Jahr 1966 wurde er als Vertrauensmann der IG Metall gewählt. Bei der Hanomag gab es insgesamt 180 Vertrauensleute. Wolfgang wurde dann auch Mitglied der Vertrauenskörperleitung (VKL).

1972 wurde Wolfgang zum ersten Mal in den Betriebsrat gewählt. 1979 wechselte er als Gewerkschaftssekretär zur IG Metall Hannover. Im Jahr 1986 ging er in die IG Metall Bezirksleitung Hannover. Dort war er u.a. für die Angestelltenarbeit zuständig und war Verhandlungsführer für die Feinstblechpackungsindustrie. Im Jahr 2000 schied Wolfgang aus dem Arbeitsleben aus. Er verstarb wenige Monate nach dem Zeitzeugengespräch für dieses Buch.

### *Von der Lohntüte zum Girokonto: Bargeldlose Lohn- und Gehaltszahlung*

Bis Anfang der 1970er Jahre war es nicht üblich, dass Beschäftigte ein Giro-Konto bei einer Bank oder Sparkasse hatten. Fast alle Zahlungsvorgänge wurden mit Bargeld abgewickelt – von der Miete bis zum Strom- und Heizungsgeld. Mit einer EC-Karte oder mit dem Handy an der Kasse zu bezahlen, war damals unvorstellbar. Dementsprechend wurden Lohn und Gehalt in den Betrieben in bar ausgezahlt. Für die Angestellten monatlich. Für Arbeiter anfangs wöchentlich, später alle 14 Tage und schließlich auch monatlich. Die Barauszahlung

<sup>17</sup> Vgl. die Zeitzeugengespräche mit Wolfgang Duda und Heidi Pape

<sup>18</sup> Zeitzeugengespräch mit Wolfgang Duda

erfolgte im Betrieb durch Übergabe eines Umschlages mit der Lohn- oder Gehaltsabrechnung und dem abgezählten Bargeld. Umgangssprachlich hießen die Umschläge »Lohntüten«. Spaßhaft hieß damals eine Fete, bei der man ordentlich Geld ausgeben konnte, auch »Lohntüten-Ball.« Michael Zyla, der spätere Betriebsratsvorsitzende von Wabco erinnert sich: »Freitags wurde mit Mutter am Küchentisch auf Vater gewartet, dass der mit der Lohntüte kam – damals war da noch wöchentliche Auszahlung. Ich habe nur dageessen, weil ich die Pfennig- und Zehnpfennigstücke als Taschengeld bekam.«<sup>19</sup>

Für die Unternehmer war diese Form der Auszahlung von Lohn und Gehalt sehr personalintensiv und verursachte erhebliche Kosten. Dementsprechend forcierten etliche Unternehmen den Gedanken, Lohn und Gehalt bargeldlos abzuwickeln und auf ein Giro-Konto der Beschäftigten zu überweisen. Ihr Problem: Die wenigsten Beschäftigten hatten ein Giro-Konto. Zunächst lehnte die IG Metall diesen Vorschlag ab. Sie öffnete sich aber zu Beginn der 1970er Jahre dem Gedanken, wies aber darauf hin, dass auch die Beschäftigten davon Vorteile haben sollten. In mehr und mehr Betrieben wurde auf bargeldlose Zahlung von Lohn- und Gehalt umgestellt und 1975 im Manteltarifvertrag der niedersächsischen Metallindustrie die Erstattung der Kontoführungsgebühr in Höhe von 2,50 DM vereinbart. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde auch der Gewerkschaftsbeitrag durch den Verkauf von Marken bar abgewickelt. Die IG Metall ging ab November 1971 dazu über, den Gewerkschaftsbeitrag per Lastschrift einzuziehen.<sup>20</sup>

#### *Massiver Arbeitsplatzabbau in den Großbetrieben*

Ende der 1960er Jahre kann es zu einem ersten wirtschaftlichen Einbruch, der schon damals »Rezession« genannt wurde. Nach der sogenannten Ölkrise im Jahr 1973 kamen etliche Betriebe in eine wirtschaftlich schwierige Situation. Gerade die Großbetriebe bauten in Hannover massiv Arbeitsplätze ab. Die Übersicht auf S. XXX zeigt das Ausmaß des Arbeitsplatzabbaus.<sup>21</sup>

<b>Arbeitsplatzabbau in Hannoveraner Großbetrieben</b>			
<b>Betrieb</b>	<b>Beschäftigte 1.1.1970</b>	<b>Beschäftigte 1.7.1975</b>	<b>Arbeitsplatzverlust</b>
Volkswagen	28.000	17.400	10.600
MF-Hanomag	8.000	3.000	5.000
Eisenwerk Wüfel (heute Renk)	2.300	250	2.050
VAW Leichtmetall	2.100	1.100	1.000
Emmelmann (Karosseriebau)	500	0	500
<b>Summe</b>	<b>40.900</b>	<b>22.350</b>	<b>18.550</b>

<sup>19</sup> Zeitzeugengespräch mit Michael Zyla

<sup>20</sup> Quelle: Der Gewerkschafter, Heft 9/1969, S.430

<sup>21</sup> Schreiben der Verwaltungsstelle an den Vorstand der IG Metall vom 4. September 1975, Archiv der IG Metall Hannover

## Deutsche Messe AG, Teil 2

Bereits 1947 fand in Hannover die erste Industriemesse statt (siehe S. XXX). In den Folgejahren wuchs die Zahl der Besucher kontinuierlich. Sie betrug beispielsweise im Jahr 1952 schon 275.000 und erreichte 1972 mit 813.000 Besuchern einen Höchststand. Dies rief einige Neider auf den Plan. Dazu berichtet der langjährige Betriebsratsvorsitzende Peter Nölges: »Eines Tages wurde ich von meinem Chef als Elektriker auf den Dachboden des Vorstandsgebäudes geschickt, um dort die Beleuchtung zu reparieren. Dort habe ich zufällig einen Karton mit Unterlagen gefunden. Darin fand sich ein Brief des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard, in dem er gegen den Standort Hannover wettete und die Messe nach Frankfurt verlagern wollte. Leider habe ich dieses Schreiben nicht aufgehoben.«<sup>22</sup>

Gleich zur Gründung der Gesellschaft gab es einen Betriebsrat. Der erste Betriebsratsvorsitzende Ernst Fahrig war Mitglied der IG Metall und schon früher bei der VAW Leichtmetall beschäftigt gewesen. Der Aufsichtsrat bestand schon damals – lange vor dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952 – zu einem Drittel aus Arbeitnehmervertretern. Einer dieser Arbeitnehmervertreter war Heinrich Menius. Die Deutsche Messe AG verwies von Anfang an in den Arbeitsverträgen auf die Geltung der Tarifverträge der Metallindustrie hin. 1972 wurde ein Anerkennungs-Tarifvertrag für die Tarifverträge der Metallindustrie zwischen der IG Metall Bezirksleitung Hannover und der Deutschen Messe AG (DMAG) vereinbart. Dieser Tarifvertrag existiert – mit einigen Modifikationen – bis heute.

Die Belegschaftsstruktur schildert Peter Nölges: »Wir waren damals 450 Beschäftigte, davon 220 Handwerker und 40 Techniker. 180 waren Angestellte in der Verwaltung, die die jeweiligen Messen vorbereiteten, also den Kontakt zu den Ausstellern herstellten. Die Vorbereitungszeit für eine Messe betrug vier bis fünf Monate. Es gab damals noch keine Computer, allenfalls Lochkarten-Lesegeräte (Hollerith-Maschinen). Mitte der 1980er Jahre wurde das Fax eingeführt, was insbesondere für den Kontakt mit ausländischen Ausstellern wichtig waren. Schwerpunkt war damals die Industriemesse bzw. die ›Hannover Messe‹, die damals zehn Tage dauerte – immer über den 1. Mai. Bei den Handwerkern waren alle Berufe vertreten: Elektriker, Heizungsmonteure, Installateure, Tischler, Schlosser, Gärtnern usw. Wir haben fast alles selbst gemacht und nur auf sehr wenige Fremdfirmen zurückgegriffen. Alle Handwerker waren in der höchsten Lohngruppe 10 des Metall-Tarifvertrages eingruppiert. Als ich 1969 angefangen habe, war der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei den Handwerkern 100%, bei den Angestellten immerhin 60%. Dieser gute gewerkschaftliche Organisationsgrad ist historisch zu erklären.«

Von 1980 bis 2018 gab es im Frühjahr zwei getrennte Messen: die Industriemesse und die CeBIT mit den Schwerpunkten EDV und IT. Seit 2019 gibt es wieder eine einheitliche Industriemesse mit den Schwerpunkten Industrie 4.0 und Digitalisierung in der Produktion. Durch die Corona-Krise kam die Messe 2020 in schweres Wasser, da alle Messen abgesagt werden mussten. In einem knallharten Konflikt konnten die IG Metall und der Betriebsrat durchsetzen, dass die Vorstellungen des Vorstandes zum Abbau von Arbeitsplätzen und Entlassungen stark eingeschränkt werden mussten. Heute ist Karsten Scheibe Betriebsratsvorsitzender.

---

<sup>22</sup> Zeitzeugengespräch mit Peter Nölges

Peter Nölges<sup>23</sup>

\* 23. Mai 1947 in Langelsheim bei Goslar

Betriebsratsvorsitzender Deutsche Messe AG

Peter Nölges begann nach der Schulausbildung eine Ausbildung als Installations-Elektriker in einem Kleinbetrieb in Langelsheim, wo er auch gleich in die IG Metall eintrat. Nach der Ausbildung arbeitete er in verschiedenen Firmen und besuchte ein sechswöchiges Arbeitsrechtseminar des DGB. Der hannoversche IG Metall Sekretär Karl-Heinz Tralls, der ebenfalls aus dem Raum Goslar kam, verschaffte ihm Kontakt zur Deutschen Messe AG, wo er 1969 als Betriebselektriker begann. Peter erinnert sich: »Ich habe mich beim Betriebsratsvorsitzenden Heinrich Hahne vorgestellt. Als ich seine Frage nach Mitgliedschaft in der IG Metall bejahte, wollte er mein Gewerkschaftsbuch sehen. Er war sehr erstaunt, dass ich einen Gewerkschaftsbeitrag von 22 DM bezahlte. Er sagte, dass sie bei der Messe nur 13 DM zahlten. Ich bin dann aber bei meinem Beitrag geblieben.«

1972 wurde er zum Vertrauensmann der IG Metall und bereits im selben Jahr als Betriebsratsmitglied gewählt. Ab 1981 wurde Peter Betriebsratsvorsitzender. Von 1976 bis 2004 war er Mitglied im Aufsichtsrat der DMAG. In seinem Arbeitsvertrag wurde auf die Tarifverträge der Metallindustrie Bezug genommen. 1972 wurde auch formell ein Anerkennungstarifvertrag zwischen der DMAG und der IG Metall Bezirksleitung abgeschlossen.

Peter Nölges erinnert sich: »Ab Mitte der 1980er Jahre wurden wir vom Vorstand häufig unter Druck gesetzt. Angeblich seien die Löhne der Handwerker zu hoch und man könne durch Fremdfirmen für weniger Geld dieselbe Leistung beziehen. Wir haben dagegen argumentiert und mussten heftig streiten, um das Lohnniveau beizubehalten. Aber im Aufsichtsrat haben wir eine Niederlage einstecken müssen. Dort wurde beschlossen, Personal schrittweise abzubauen und keine Neueinstellungen mehr vorzunehmen. Wir haben dagegehalten: Den technischen Bereich konnten wir halten, aber bei Maurern, Dachdeckern und Gärtnern wurde abgebaut.

In dieser Zeit gab es immer wieder Debatten vom Vorstand, ob der Tarifvertrag der IG Metall noch zeitgemäß sei und ob es nicht besser wäre, z.B. in den öffentlichen Dienst zu wechseln. Wir haben aber dem Vorstand deutlich gesagt, dass die Handwerker zu 100% in der IG Metall organisiert sind und ein Wechsel des Tarifvertrages nicht in Frage kommt. Wir haben auch demonstriert: 100 Handwerker sind auf Fahrrädern am Vorstandsgebäude vorbeigefahren und wir haben dem Vorstand so gezeigt, wie lang eine Strecke mit 100 Fahrrädern ist. Selbst 30 bis 40 Angestellte haben mitdemonstriert. Der Vorstand hat dann immer wieder einen Rückzug gemacht.« Peter war 21 Jahre lang bis zum Jahr 2002 Betriebsratsvorsitzender. Anschließend übernahm er eine Funktion im Bereich Technik, begann 2004 mit der Freistellungsphase der Altersteilzeit und ging 2006 in Rente. Er lebt heute in Hildesheim.

Volkswagen – Werk Hannover, Teil 2

<sup>23</sup> Zeitzeugengespräch mit Peter Nölges

Der Beginn des hannoverschen Werkes Ende der 1950er Jahre wurde bereits auf S. XXX beschrieben. Die Jahre von 1967 bis 1976 waren nicht weniger ereignisreich. Wie sollten etwa mehr als drei Dutzend Betriebsräte mit 29.127 Beschäftigten (Stand Oktober 1971) in Früh-, Spät-, Nacht-, Normal- und Kontischichten kommunizieren? Zum Beispiel in dem man sich 1972/73 bis zum Bundesarbeitsgericht gegen das Unternehmen behauptete und Betriebsversammlungen in Teilversammlungen der Früh- und Spätschicht durchführte – als einziges deutsches VW Werk. Aber das reichte natürlich nicht. Der Spagat zwischen Problembewältigung, Betreuung und Transparenz der eigenen Arbeit erzeugte immer auch Unzufriedenheit und Unsicherheit bei den Akteuren. Bei der Betriebsratswahl 1972 reagierten die Metaller auf die Trittbrettfahrer der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) mit unangebrachter Polemik. »Mit dem Slogan ›Zwerge bringen nichts‹ machten wir uns bei unseren Mitgliedern keine Freunde«, so der Zeitzeuge Dieter Dicke.<sup>24</sup> Im Ergebnis verdoppelte der CGM seine Mandate auf zehn Sitze im Betriebsrat.

Auch dieses Beispiel unterstreicht: Bei diesen personellen Dimensionen ist jeder noch so fleißige Betriebsrat ohne die Unterstützung gewerkschaftlicher Vertrauensleute rettungslos verloren! Doch die können ihr Können nur dann ausspielen, wenn sie am natürlichen Informationsvorsprung der Betriebsräte demokratisch teilhaben. Das, was sich so leicht anhört, der Aufbau eines flächendeckenden, funktionierenden Vertrauenskörpers, vollzog sich im Werk über fast 20 Jahre. Die Vertrauensleutewahl war am Anfang eher die Ausnahme. Vertrauensleute wurden anfänglich per Widerspruchs-Aushang bekanntgegeben. Wenn sich kein anderer meldete, galt der Kollege als gewählt. Ab 1957, der Vertrauenskörper zählte etwa 60 bis 80 Personen, gab es dann zumindest Wahlen bei mehreren Bewerbern.

1970 zählte der Vertrauenskörper immerhin schon 520 Vertrauensleute. Ein Teil der Vertrauensleute, wie der spätere Bevollmächtigte der IG Metall, Dieter Dicke, hatte Erfahrungen und Selbstbewusstsein gesammelt. Sie wollten nicht nur Beitragskassierer und Informationsvermittler sein. Sie wollten stärker mit einbezogen sein. Diese Ansichten teilte auch ein Teil der Betriebsräte, wie Gerhard Mogwitz. Doch die Realität war eine in der Sache erfolgreiche, aber eher autoritäre Betriebsratspolitik, die den Vertrauenskörper gleich mitleitete. Der Kristallisationspunkt dieser Politik war der damalige Betriebsratsvorsitzende Heinz Hilbich.

#### *Die Abwahl des Betriebsratsvorsitzenden*

Es gab lange Zeit Unzufriedenheit mit dem autoritären Führungsstil von Heinz Hilbich. 1973 kam es zum Knall. Als Gerüchte aufkamen, Hilbich könnte die Seiten wechseln und Leitungsfunktionen bei VW anstreben, war es zunächst der Vertrauenskörper, der Hilbich zur erklärenden Rede aufforderte und dann das Misstrauen aussprach. Anschließend wählte der Betriebsrat seinen Vorsitzenden ab. Neuer Vorsitzender wurde Gerhard Mogwitz. Ein Jahr später wurde Dieter Dicke Vertrauenskörperleiter. Beide standen für eine Demokratisierung der gewerkschaftlichen Strukturen. Auch die Vertrauenskörperleitung wollte mehr Demokratie wagen!

Beschäftigungspolitisch segelte das Werk 1967 mit dem Neuanlauf des Transporters der zweiten Generation (T2) durch die Untiefen der ersten Nachkriegsrezession. Doch das war

<sup>24</sup> Schriftliche Beantwortung von Fragen durch Dieter Dicke, Juni 2020

nicht von Dauer. 1972 zeichnete sich durch die Verlagerung des Motorenbaus nach Salzgitter und konjunktureller Abschwächung ein Personalüberhang ab. Die Interessenvertretung milderte das Ausmaß von Kurzarbeit mit aufgeschobenen Instandhaltungsmaßnahmen ab. Es gelang dem Betriebsrat, die auslaufende Käfermontage von Wolfsburg nach Hannover zu verlagern. Die Flächen sollten ab April 1975 für den neuen Lastentransporter (LT) genutzt werden. Erste Altersregelungen und erste Aufhebungsverträge milderten die Kurzarbeitsblöcke ab. Die Volkswagen AG kam zunehmend in schweres Fahrwasser. Die Gründe waren vielfältig. Ein totales Versagen des Vorstands bei der Modellpolitik, zu hohe technische Kapazitäten, 800 Millionen DM Verlust allein im Jahr 1974. Die Liquidität des Konzerns war extrem gefährdet. 1975 kam mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden Toni Schmücker der sogenannte S1-Plan. Die Interessenvertretung lief Sturm gegen das harte Sanierungskonzept. Sie erhoffte sich Unterstützung durch die Landes- und Bundesvertreter im Aufsichtsrat – und wurde bitter enttäuscht. Die öffentliche Hand stimmte mit den Kapitalvertretern für das Sanierungskonzept. Durch Aufhebungsverträge, die nicht so freiwillig waren, wie sie sich anhörten, sank die Beschäftigtenzahl 1975 in Hannover letztendlich auf 17.400 Beschäftigte ab. Ein stetiger Personalabbau von fast 12.000 in vier Jahren. Wenige Monate später brummte der Laden wieder, Mehrarbeit und Einstellungen standen wieder auf dem Programm.

Doch die Beschäftigten zahlten einen hohen Preis. Hannover war das »Werk 2«. Sie saßen bei knappen Ressourcen für notwendige Investitionen am Katzentisch. Der T3 hatte 1979 immer noch einen luftgekühlten Heckmotor, brachte wenig Leistung und hohe Spritverbräuche. So hangelte sich die Interessenvertretung die ganzen 1980er Jahre durch den steten Wechsel von Kurzarbeit und Mehrarbeit. Die Angst, dass sich die Ereignisse der Ölkrise in Hannover wiederholen, hangelte mit.

Heinz Hilbich<sup>25</sup>

\* 10. August 1931 in Breslau, dem heutigen Wrocław

Betriebsratsvorsitzender Volkswagen in Hannover

Heinz Hilbich gehörte zu den etwa 900 Pendlern, die 1955 in Wolfsburg für das hannoversche Volkswagenwerk angelernt wurden. 1957 war er einer der ersten IG Metall Vertrauensleute im VW Werk Hannover. 1960 wurde er Betriebsrat für die Halle 2 und der Vertrauensleuteobmann für das junge Werk. Schnell war er der starke Mann im jungen, unerfahrenen Vertrauenskörper und im Betriebsrat. Das Vertrauen in die IG Metall wuchs. Von 1961 bis 1972 gehörte er dem IG Metall Ortsvorstand an. Im selben Jahr 1961 zog er – für Hannover – in den VW Aufsichtsrat ein, dem er bis Juli 1977 angehörte. Er saß für die SPD im Rat der Stadt Hannover. 1968 wurde er Betriebsratsvorsitzender. Nach eigenen Aussagen übte er zeitweilig 34 Funktionen aus. Seine Durchsetzungskraft wurde bewundert, seine einsamen Entscheidungen aber zunehmend kritisiert.

So erinnert sich Dieter Dicke, damals Vertrauenskörperleiter: »Wenn ich über Heinz Hilbich als Betriebsratsvorsitzenden reden will, muss ich über verschiedene Zeitschienen reden. Als ich Vertrauensmann wurde, war Heinz Hilbich als Betriebsratsvorsitzender nicht nur

<sup>25</sup> Madsack Medienagentur (Hrsg.) (2016): Bullibauer erinnern sich -Geschichten der (ehemaligen) Mitarbeiter von Volkswagen Nutzfahrzeuge, Hannover; sowie Zeitzeugengespräche mit Dieter Dicke und Gerhard Mogwitz

unangefochten, sondern wir haben ihn geradezu bewundert. Er hat zu diesem Zeitpunkt unbestritten mit seinem Team hervorragende Arbeit für die Beschäftigten in Hannover geleistet. Er war der starke Mann im Betriebsrat. Es gab keine Entscheidungen im Werk ohne die qualifizierte Mitarbeit durch den Betriebsrat oder besser gesagt durch Heinz Hilbich.«

Dieter Dicke benennt jedoch auch die negativen Seiten von Heinz Hilbich: »Der absolute Einfluss von Heinz Hilbich setzte sich im Übrigen nicht nur im Werk, sondern auch in der IG Metall Hannover fort; auch dort passierte nichts, was er nicht wollte. ... Aber eine solche Persönlichkeit lässt selten neben sich jemand mitentscheiden und das tut der Gewerkschaftsarbeit auf Dauer nicht gut. Er war der Entscheider, er bestimmte wer Delegierter wurde, er stellte die Liste der IG Metall zur Betriebsratswahl auf, er entschied, wer freigestellt wurde, ja er wollte auch darüber entscheiden, wer in die Vertrauenskörperleitung gewählt wurde.«<sup>26</sup>

1973 entzogen ihm die Betriebsratsmitglieder das Vertrauen als Vorsitzendem. Ohne schriftlichen Rücktritt wechselt er daraufhin nach Wolfsburg in den Vertrieb und später in andere Management-Funktionen. 1997 ging er in den Ruhestand.

Gerhard Mogwitz<sup>27</sup>

\* 2. Mai 1933 in Münsterberg, dem heutige Ziebitz  
Betriebsratsvorsitzender bei Volkswagen Hannover

Gerhard Mogwitz wuchs mit acht Geschwistern auf. Die Eltern betrieben eine Landwirtschaft. Sie wurden 1946 vertrieben und kamen in Altwarmbüchen unter. Gerhard fand zunächst keine Lehrstelle und arbeitete als landwirtschaftlicher Gehilfe. 1948 fand er einen Ausbildungsplatz als Stellmacher in Hannover Buchholz. Der einzige Altgeselle war Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Seine Erzählungen prägten das Weltbild des jungen Auszubildenden. 1953 wechselte Gerhard zur Karosseriefirma Adolf Emmelmann in Bothfeld. Hier bekam er Kontakt zur IG Metall, die Mitgliedschaft begann am 1. April 1953. Zwei Jahre später lockte VW mit besserer Bezahlung, aber zunächst mit Anlernzeit in Wolfsburg. 1955 begann die Arbeit im Rohbau. Gerhard wurde Vertrauensmann der IG Metall, wechselte 1958 in die Tischlerei, aber auch da hatte man schon an seiner Vertrauensleutetätigkeit Interesse. Die Frage nach der Kandidatur zum Betriebsrat blieb nicht aus, aber Gerhard wollte sich erst qualifizieren, besuchte Kurse und Bildungsveranstaltungen bei der Volkshochschule und bei Arbeit und Leben. 1960 folgten die Kandidatur und der Einzug in den VW Betriebsrat. Er war zur Hälfte freigestellt und hatte starkes Interesse an Lohn- und Tariffragen.

Gerhard gehörte zu den Betriebsräten, die die demokratische Diskussionskultur in den Gewerkschaften sehr ernst nahmen. Aber das wurde in den Aufbaujahren nicht immer gelebt. Seine Haltung brachte ihn in Konflikt mit dem damaligen Betriebsratsvorsitzenden Heinz Hilbich. 1973 stellten sich Vertrauenskörper und Betriebsrat gegen Heinz Hilbich. Im Ergebnis wurde Gerhard Betriebsratsvorsitzender. Dem frischgebackenen Vorsitzenden blieb

<sup>26</sup> Dieter Dicke. Schriftliche Beantwortung von Fragen zum Zeitzeugengespräch

<sup>27</sup> Algermissen, Gundolf (2008): Zeitzeugengespräch mit Gerhard Mogwitz; <https://niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de/dgb-bezirk/rckblick/arbeitergeschichte/arbeitsbiografien>; sowie verschiedene Gespräche zwischen Gerhard Mogwitz und Walter Fabian

eine Einarbeitungsphase versagt. VW steckte in einer Struktur- und Absatzkrise. Es gab Kurzarbeit und Tausende verließen über Aufhebungsverträge das Unternehmen. Gerhard erinnert sich: »Ich war in diesen Jahren einer hohen Belastung ausgesetzt und habe den Stress dadurch abgebaut, indem ich an den Wochenenden auf die Baustellen meiner beiden Brüder gefahren bin. Dort habe ich malocht bis zum Umfallen. Nur so war es mir möglich, die Belastung zu bewältigen.«

In den Folgejahren kämpfte Gerhard immer wieder für den Erhalt der Arbeitsplätze als Gewerkschafter und Betriebsrat. Sein Markenzeichen war der Sicherheitshelm. Wenn er den bei gewerkschaftlichen Aktionen aufhatte, sprach gerade der Gewerkschafter. Gerhard wusste beide Ebenen der Arbeit zu verbinden und setzte sie beim Kampf um die 35 Stunden Woche und den Erhalt und Neubau der Gießerei in Hannover (1986) ein. Ein internationaler Konzern brauchte internationale Interessenvertretungsstrukturen. Sie entstanden bei VW noch vor der allgemeinen Gesetzgebung. Am 7. Februar 1990 wurde Gerhard Mogwitz zum ersten Präsidenten des VW-Gremiums »Europäischer Konzernbetriebsrat« gewählt. 1992 schied er aus dem Betriebsrat aus, die Arbeit als Gewerkschafter ging weiter. Er baut zusammen mit anderen die eigenständige »Otto Brenner Akademie« auf und setzte immer wieder Impulse in der Seniorenarbeit.

Margot Krey<sup>28</sup>

\* 18. Oktober 1936 in Stettin, dem heutigen Szczecin

Betriebsratsmitglied bei Volkswagen Hannover

Margot Krey floh 1945 mit ihrer Mutter und sieben Geschwistern unter dramatischen Umständen nach Westen. Auf der Flucht verhungerte ihr kleiner Bruder. Über mehrere Lagerunterkünfte kamen sie mit ihrer Mutter nach Hannover, wo der Vater bei Hanomag Arbeit gefunden hatte. Sie lebten bis 1957 in einer Lagerunterkunft und bekamen dann erst ihre eigene Wohnung.

Die Schulausbildung in Stettin musste Margot kriegsbedingt abbrechen und wurde 1949 mit 13 Jahren für eine »Kurzbeschulung« erneut eingeschult, ohne jedoch die Möglichkeit für einen Hauptschulabschluss zu bekommen. Sie holte den Hauptschulabschluss erst in den 1970er Jahren in der Abendschule nach. Zunächst arbeitete sie in einem Haushalt und fand dann mit 18 Jahren Arbeit in verschiedenen Fabriken. Diese jungen Frauen wurden damals »Fabrikpflanzen« genannt. Sie arbeitete in der »Döhrener Wolle«, bei Bahlsen, bei Telefunken und fing schließlich 1959 bei VW in Stöcken an. 1960 wurde sie Mitglied der IG Metall.

Bei VW war sie eine der wenigen Frauen in der Produktion, zunächst in der Abteilung »Pleuel« im Motorenbau. In der Abteilung arbeiteten 84 Beschäftigte, davon 35 Frauen. 1960 waren ca. 3.000 Frauen bei Volkswagen beschäftigt, etwa 13% der Belegschaft. VW stellte ausschließlich ledige weibliche Kräfte ein, die überwiegend in der Näherei tätig waren. Im Facharbeiterbereich arbeiteten keine Frauen, auch es gab keine Meisterinnen. In anderen Abteilungen verrichteten Frauen die gleiche Arbeit wie Männer. Margot berichtet, dass für den Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« hart gestritten werden musste. Die

<sup>28</sup> Zeitzeugengespräch mit Margot Krey

korrekte Anwendung der Eingruppierungskriterien des Tarifvertrages musste gerade bei und von Frauen häufig erstritten werden.

Margot wurde 1959 als Vertrauensfrau der IG Metall gewählt. 1964 rückte sie über ein Ersatzmandat in den Betriebsrat nach und war von der Arbeit mit dem Schwerpunkt Frauenarbeit freigestellt. Sie knüpfte Kontakte zu jeder Frau im Werk, um sich vorzustellen und nach Problemen zu fragen. Erst 1984 wurden weitere zwei Frauen in den Betriebsrat gewählt. 1960 waren mit ca. 25 Vertrauensfrauen ca. 7 bis 8% der Vertrauensleute Frauen. Margot hat bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben sechs Mal im Jahr eine Versammlung mit Vertrauensfrauen durchgeführt. Ihr besonderes Anliegen war, schwangere Beschäftigte aus den Gefahrenabteilungen heraus zu bekommen. Nach zweijährigem Kampf konnte dann 1972 das Mutterschutzzentrum mit angemessenen Arbeitsplätzen eingerichtet werden. Dies war zu der Zeit einmalig in der Bundesrepublik, wohl auch in Europa.

Margot war 30 Jahre ehrenamtliche Arbeitsrichterin und ab Anfang der 1960er Jahre bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben Mitglied im örtlichen Frauenausschuss der IG Metall. Viele Jahre bis 1993 war sie zugleich Vorsitzende und Mitglied im DGB-Frauenausschuss. Margot blieb bis zu ihrem Ausscheiden in den Vorruhestand im Dezember 1993 Mitglied des Betriebsrates. Heute lebt sie in Hannover.

Heute kennen in Hannover nur noch wenige den Namen Wohlenberg. Doch zusammen mit der Firma Gildemeister-Max Müller bildete sie im Norden von Hannover im Stadtteil Brink östlich der Vahrenwalder Straße so etwas wie ein Zentrum der norddeutschen Werkzeugmaschinen-Industrie.

#### Wohlenberg KG

Schon 1850 wurden in dem Familienbetrieb die ersten Drehbänke hergestellt. 1928 bezog man ein neues Werk in Hannover-Brink. In den 1930er Jahren arbeiteten bei Wohlenberg ca. 700 Beschäftigte. Die Fabrikanlagen wurden im Zweiten Weltkrieg fast völlig zerstört.

1946 begann der Wiederaufbau und in den 1960er Jahren arbeiteten bei Wohlenberg über 1.300 Beschäftigte. Die Firma war auf die Produktion großer Drehmaschinen spezialisiert und kooperierte mit zwei Firmen der Werkzeugmaschinen-Industrie: Boehring aus Göppingen und Heidenreich & Harbeck aus Hamburg. Gewerkschaftlich war der Betrieb in den 1960er Jahren zu gut 50% organisiert. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad stieg, als 1963 Harry Lindemann Betriebsratsvorsitzender wurde und sich Hilde Freund um die Werbung der IG Metall Mitglieder kümmerte. 1963 baute dort Hasso Düvel eine Jugendvertretung auf. Er wurde 1964 zum Sprecher der Jugendvertretung gewählt. Der spätere Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Hannover, Viktor Wittke, war von 1981 bis 1985 Betriebsratsmitglied bei Wohlenberg.

Auf Seiten des Unternehmens ist die Person des kaufmännischen Leiters und Kommanditisten Mulsow erwähnenswert. Er engagierte sich im Verband der Metallindustriellen Niedersachsens und war dessen Vorsitzender von 1947 bis 1954. Er verhandelte ab 1948 mehrere Tarifverträge mit der IG Metall und Otto Brenner.

Die Firma wurde in den 1990er Jahren in zwei Firmen aufgeteilt: Die Wohlenberg Werkzeugmaschinen GmbH und die Wohlenberg Schneidesysteme GmbH. Die

Werkzeugmaschinen GmbH wurde von der Firma Dörries und Scharmann übernommen und ging 1996 in Konkurs. Heute findet sich auf dem Werksgelände eine kleinere Firma mit weniger als zehn Beschäftigten. Die Wohlenberg Schneidesysteme ging 1993 in Konkurs. In dem Konflikt demonstrierte die Belegschaft vor einer Filiale der Deutschen Bank und verlangte Finanzmittel zur Fortführung des Betriebes. Schließlich wurde der Betrieb vom Bielefelder Unternehmer Horstmann fortgeführt. Im Jahr 2008 wurde die Firma Schneidesysteme geschlossen.

Hilde Freund<sup>29</sup>

\*23. Januar 1917 in Berlin; † 25. Februar 2003 in Hannover

Betriebsratsmitglied Fa. Wohlenberg

Hilde Freund trat 1931 in den Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) ein, die Vorgängerorganisation der IG Metall. Am 8. Mai 1945 lebte sie in Berlin-Prenzlauer Berg. Sie sagte dazu: »Ich fühlte mich befreit von einer Diktatur. Aber ich wusste nicht, was kommt.« Ihre Eltern und sie traten in die SPD ein. Da sie mit den Verhältnissen in der damaligen sowjetischen Besatzungszone nicht einverstanden war, zog sie in den Westen – nach Hannover. Ab Anfang der 1950er Jahre arbeitete sie bei der Werkzeugmaschinenfabrik Wohlenberg als Angestellte in der Arbeitsvorbereitung und war vorrangig mit der Terminverfolgung von Eigenfertigungsteilen beschäftigt.

Schon bald wurde sie in den Betriebsrat gewählt. Auch wenn die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) im Betrieb aktiv war, erzielte die IG Metall-Liste mit Hilde Freund an der Spitze bei den Angestellten immer sehr gute Wahlergebnisse. Hasso Düvel, damals ebenfalls Betriebsratsmitglied bei Fa. Wohlenberg, erinnert sich: »Die »Seele der IG Metall bei Wohlenberg« war allerdings Hilde Freund. Sie warb für die IG Metall Mitglieder, betreute die damals noch seltene Betriebskassierung der Beiträge und hielt einen engen Draht zur IG Metall. Sie hat sich fast ihr ganzes Arbeitsleben um die IG Metall Angelegenheiten bei Wohlenberg gekümmert.«<sup>30</sup>

Hilde Freund war 25 Jahre als einzige Frau Mitglied in der Ortsverwaltung der IG Metall Hannover, und zwar von 1953 bis 1978. Ihre Nachfolgerin wurde Lucie Hupe. Sie war viele Jahre Vorsitzende des Ortsfrauenausschusses. Hilde war SPD-Mitglied, engagierte sich auch im kirchlichen Dienst der Arbeit und wurde für ihren Einsatz für die arbeitenden Menschen mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Als sie 1977 altersbedingt bei Wohlenberg ausschied, wurde sie Vorsitzende des Arbeitskreises Senioren der IG Metall Hannover. Darüber hinaus war sie bis 2002 in den Senioren-Arbeitskreises der IG Metall Bezirksleitung und der DGB Region aktiv.

## IG Metall im Bundesgebiet

<sup>29</sup> Informationen durch Befragungen ehemaliger Wohlenberg Beschäftigter durch Victor Wittke; Dezember 2020 sowie Artikel in der Metallzeitung Heft 5, 1995, S.18

<sup>30</sup> Zeitzeugengespräch mit Hasso Düvel

### *Septemberstreiks 1969*

Anfang September 1969 kam es in mehreren Stahlbetrieben im Ruhrgebiet zu inoffiziellen Streikaktionen der Belegschaften, zu denen die IG Metall nicht aufgerufen hatte. Die Streikmaßnahmen waren von aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gestartet worden, viele davon Vertrauensleute der IG Metall. Es waren ausschließlich Aktionen von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, politische Organisationen spielten keine Rolle. Einer der Gründe für diese Aktionen war ein Lohntarifvertrag aus dem Jahr 1968, der für die Stahlindustrie vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Rezession vergleichsweise niedrige Lohnerhöhungen in 1969 vorsah.

Die Streiks waren mehr oder weniger spontan und haben in der Tat die IG Metall-Gremien überrascht. In Teilen der IG Metall wurden die Septemberstreiks als eine Art »Weckruf« an die offiziellen Gremien verstanden. Debattiert wurde, ob eine offensivere Tarifpolitik mit stärkerer Einbeziehung der Belegschaften notwendig sei. Zur damaligen Zeit waren auch in Tarifrunden Warnstreiks die Ausnahme. Zu systematischen Warnstreiks während Tarifaueinandersetzungen kam es erst Anfang der 1980er Jahre.

### *Tod von Otto Brenner und Nachfolge durch Eugen Loderer*

Im April 1972 verstarb der amtierende Erste Vorsitzende der IG Metall plötzlich an einer starken Grippe. Otto Brenner hatte die IG Metall seit 1946 zunächst in Hannover und Niedersachsen entscheidend geprägt und war dann ab 1952 fast 20 Jahre lang Vorsitzender der IG Metall. Er war einer der einflussreichsten Gewerkschafter in dieser Zeit. Im Juni 1972 wurde auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag der bisherige Zweite Vorsitzende Eugen Loderer zum Ersten Vorsitzenden gewählt.

### *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit*

In den 1970er und 1980er Jahren fanden in der IG Metall intensive Diskussionen über die gewerkschaftspolitische Bildungsarbeit statt. Der Neubau eines großen Bildungszentrums in Sprockhövel wurde 1971 eingeweiht und erhöhte die Zahl der zentralen Bildungsangebote der IG Metall beträchtlich. Durch die Freistellungsregelungen für Betriebsräte nach dem Betriebsverfassungsgesetz von 1972 und mehrere Bildungsurlaubsgesetze in einzelnen Bundesländern wurden die Voraussetzungen für eine systematische gewerkschaftliche Bildungsarbeit für Betriebsräte, Vertrauensleute und Mitglieder verbessert. Die zuständigen geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall, Heinz Dürrbeck und ab 1972 Hans Preiss, legten großen Wert auf eine gesellschaftspolitische Grundlagenbildung der IG Metall in den regionalen und zentralen Seminaren.<sup>31</sup> Im Jahr 1972 beschloss der IG Metall Vorstand 17 Thesen zur Bildungsarbeit der IG Metall, mit denen die Aufgaben und die Orientierung der Bildungsarbeit festgelegt wurden.

In diese Zeit fallen auch heftige Konflikte mit den Unternehmern über die neuen Freistellungsmöglichkeiten von Betriebsräten und Vertrauensleuten. In vielen Unternehmen

---

<sup>31</sup> Vgl. dazu Grosspietsch, E./Benz, G. (1998): Wissen um zu handeln – Ein Buch der Solidarität mit Heinz Dürrbeck, Göttingen **nicht in Lit.** und Müller, S./Wenzel, L. (2019): Die Verhältnisse klären, das Handeln stärken. Die Bildungsarbeit des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der IG Metall; in: Hofmann, J./Benner, C. (2019): Geschichte der IG Metall, Frankfurt a.M.

versuchten die Personalleiter, die Freistellung für Seminare zu verhindern. Einer der Gründe für diesen massiven Widerstand der Unternehmer war die inhaltliche Verbindung von Faktenwissen für Betriebsräte mit einer klaren gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Orientierung in den Seminaren der IG Metall. Es mussten durch die IG Metall sehr viele Prozesse durchgeführt werden, um die Freistellung der Kolleginnen und Kollegen für Seminare durchzusetzen.

#### *Streik für den Lohn-Rahmentarifvertrag II in Nordwürttemberg-Nordbaden*

Bereits im Jahr 1971 hatte es in Baden-Württemberg einen mehrwöchigen Streik für Tarifierhöhungen gegeben. Im Jahr 1973 markiert die Durchsetzung eines neuen Lohn-Rahmentarifvertrages im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden einen qualitativen Sprung in der Verbesserung der Entgelt- und Arbeitsbedingungen. Der Vertrag enthielt Bestimmungen für bessere Bedingungen bei der Fließbandarbeit und detaillierte Bestimmungen zur zumutbaren Bemessung von Vorgabezeiten im Rahmen des Akkordlohns. Herausragend ist die Vereinbarung von fünf Minuten Erholzeit pro Stunde für Leistungslöhner. Nach dem damaligen Bezirksleiter wird diese Zeit bis heute als »Steinkühlerpause« bezeichnet. Es gelang der IG Metall nicht, diese fortschrittlichen Regelungen auf andere Tarifgebiete zu übertragen. Lediglich im Lohnrahmentarifvertrag für die Volkswagen AG konnten fünf Minuten Erholzeit im Leistungslohn vereinbart werden.

#### **IG Metall in Hannover**

Die IG Metall hatte Ende 1966 in Hannover insgesamt 42.991 Mitglieder und erreichte im Jahr 1970 den höchsten Mitgliederstand von 54.667 Mitgliedern. 1976 sank der Mitgliederbestand auch aufgrund des massiven Arbeitsplatzabbaus bei Volkswagen und Hanomag auf 48.406. Der Ortsvorstand bestand z.B. im Jahr 1974 neben den beiden Bevollmächtigten und dem Kassierer aus elf Mitgliedern, die Vertreterversammlung hatte 400 Delegierte.

#### *Juso-Chef gegen Zweiten Bevollmächtigten der IG Metall: Kandidatur zur Oberbürgermeisterwahl*

Im Jahr 1971 kam es zu einem bemerkenswerten Konflikt bei der SPD-internen Kandidatur zur Oberbürgermeisterwahl, der auch die IG Metall tangierte und die geänderten gesellschaftlichen Verhältnisse nach 1968 verdeutlicht. Der bisherige Oberbürgermeister, August Holweg, hatte 1970 im Alter von 65 Jahren seinen Rückzug angekündigt. Als Nachfolger wurde vom Parteivorstand der SPD Hannover und der SPD-Fraktion im Stadtrat von Hannover Albert Kallweit vorgeschlagen. Kallweit war damals 56 Jahre alt, langjähriger Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall in Hannover und langjähriges Mitglied im Stadtrat. Von zahlreichen Ortsvereinen der SPD wurde dagegen der damalige Landesvorsitzende der Jusos, Herbert Schmalstieg, vorgeschlagen, damals 27 Jahre alt, Gewerkschaftsmitglied und seit 1968 Mitglied im Stadtrat.

Herbert Schmalstieg erinnert sich: »Albert Kallweit wurde von der großen Mehrheit des SPD-Parteivorstandes und der SPD-Ratsfraktion getragen. Als aber die Diskussion über eine Kandidatur von mir los ging, kam einiges in Bewegung. Die SPD-Gliederungen unterstützten mehrheitlich meine Kandidatur. ... Ich wurde damals vom Stadtbezirk Linden-Limmer vorgeschlagen. Aber es gab weitere Kandidaten, beispielsweise Albrecht Kaden, damals stellvertretender Leiter der Landeszentrale für politische Bildung. Otto Barche, damaliger 1. Bürgermeister und Geschäftsführer der IG Chemie, Papier, Keramik in Hannover, Heinz Hilbich, Betriebsratsvorsitzender von Volkswagen in Stöcken. Sie haben aber im Laufe der Sitzungen der verschiedenen Ortsvereine ihre Kandidatur zurückgezogen, da ich überall eine deutliche Mehrheit erzielen konnte. Es wird aber deutlich, dass auch aus den Kreisen der Gewerkschaften Albert Kallweit nicht durchgängig getragen wurde. Ich war ja auch Mitglied und Funktionär der Gewerkschaft ÖTV, eine der Vorgängerorganisationen von ver.di. Offiziell haben sich die Gewerkschaften gar nicht in der Öffentlichkeit geäußert. Nachdem Heinz Hilbich seine Kandidatur zurückgezogen hatte, hat er mich unterstützt. Das hat mit Sicherheit der IG Metall-Ortsverwaltung gar nicht gefallen.«<sup>32</sup>

Bemerkenswert ist es, dass sich die IG Metall-Ortsverwaltung für Albert Kallweit ausgesprochen hatte, den Beschluss aber nicht veröffentlichte.<sup>33</sup> Mehrere aktive Metaller unterstützten in der Debatte nicht Albert Kallweit, sondern Herbert Schmalstieg, so etwa Dieter Dicke, der damalige VK-Leiter bei Volkswagen und Hasso Düvel, der damalige Bezirks-Jugendsekretär.<sup>34</sup> Albert Kallweit war der Kandidat des SPD-Parteivorstandes und der SPD-Fraktion, Herbert Schmalstieg dagegen der Kandidat der SPD-Basis, der Jusos und der eher linken SPD-Mitglieder. Zu seiner Kandidatur formuliert Herbert Schmalstieg: »Um es vereinfacht zu sagen: Die SPD-Ratsfraktion war sauer, ich hatte aber die SPD-Basis auf meiner Seite.«<sup>35</sup>

Albert Kallweit war ein langjähriges und geschätztes Mitglied im Stadtrat in Hannover, stand aber nicht für Aufbruch und Erneuerung. Ganz anders Herbert Schmalstieg: Er war aktiver Jungsozialist und wollte Veränderungen: »Innerhalb der SPD gab es Debatten, wie es mit der politischen Linie weiter gehen könne. Die SPD war in Hannover eine erfolgreiche Partei, aber es gab doch verkrustete Strukturen. Es gab viele gute und erfolgreiche Politiker in der SPD, aber vor dem Hintergrund des Wortes von Willy Brandt in seiner Regierungserklärung als Bundeskanzler ›Wir wollen mehr Demokratie wagen!‹ wurde der Veränderungsbedarf deutlich. Unser Ziel war es, dass sich die SPD zu einer stärker links orientierten Volkspartei entwickelte.«<sup>36</sup>

In einer Kampfabstimmung setzte sich Schmalstieg im September 1971 auf dem SPD-Parteitag bei der Wahl der Kandidaten gegen Kallweit deutlich durch – mit 143 zu 101 Stimmen. Er wurde am 26. Januar 1972 mit 28 Jahren zum jüngsten Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt gewählt.

Albert Kallweit

\* 4. März 1916 in Hannover-Linden; † 16. Juni 1988 in Laatzen

<sup>32</sup> Zeitzeugengespräch mit Herbert Schmalstieg

<sup>33</sup> IG Metall Hannover, Angabe nach Reinhard Schwitzer

<sup>34</sup> Zeitzeugengespräch mit Dieter Dicke und Hasso Düvel

<sup>35</sup> Zeitzeugengespräch mit Herbert Schmalstieg

<sup>36</sup> Ebd.

## Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Hannover

Albert Kallweit war Betriebsratsmitglied im Presswerk Max Müller. 1953 wechselte er in die Position eines Gewerkschaftssekretärs in der IG Metall Hannover. Zwei Jahre später, 1955, wurde er zum Zweiten Bevollmächtigter der IG Metall Hannover gewählt, was er fast 20 Jahre bis 1974 bleiben sollte. Als aktives SPD-Mitglied war Kallweit von 1952 bis 1972 Mitglied im Stadtrat von Hannover. 1972 unterlag er bei der SPD-internen Wahl des Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl gegen Herbert Schmalstieg.

Im Jahr 1973 konnte er sich in einer Kampfabstimmung bei der Wahl zum Ersten Bevollmächtigten gegen Claus Wagner nicht durchsetzen, wurde aber erneut zum Zweiten Bevollmächtigten gewählt. Zeitzeugen beschreiben Albert Kallweit als grundsoliden Gewerkschafter und Sozialdemokraten. Er war aber Anfang der 1970er Jahre offensichtlich nicht in der Lage, die geänderten gesellschaftlichen Verhältnisse zur Kenntnis zu nehmen. Herbert Schmalstieg formuliert: »Er war ein Stück aus der Zeit gefallen.«<sup>37</sup> Er konnte Menschen nicht begeistern und wirkte manchmal als abgehoben. Zu Albert Kallweits Arbeit als Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Hannover erinnert sich Dieter Dicke, der damalige VK-Leiter von Volkswagen: »Wir haben Albert Kallweit in den Betrieben kaum zu Gesicht bekommen, weil er den größten Teil seiner Arbeitszeit nicht für die IG Metall sondern für die Arbeit im Stadtrat und der SPD verwendete.«<sup>38</sup> Vor diesem Hintergrund scheiterte Kallweit mit seiner Kandidatur als Erster Bevollmächtigter. Er wechselte 1974 in die Bezirksleitung Hannover und scheidet 1979 aus dem aktiven Arbeitsleben aus.

## Herbert Schmalstieg<sup>39</sup>

\*8. Juni 1943 in Hannover

Oberbürgermeister der Stadt Hannover

Herbert Schmalstieg begann nach der Realschule 1960 eine Sparkassenlehre und trat 1961 in die Gewerkschaft ÖTV ein – eine Vorgängerorganisation von verdi. 1960 wurde er Mitglied der SPD. Er wurde Vorsitzender der Jungsozialisten, erst in Hannover-Stadt und dann im Bezirk. 1971 trat er bei der SPD-internen Wahl zum Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl an und setzte sich gegen Albert Kallweit durch. 1972 wurde Herbert Schmalstieg im Alter von 28 Jahren zum Oberbürgermeister von Hannover gewählt.

Herbert Schmalstieg hat während seiner Amtszeit an jedem 1. Mai bei der Veranstaltung des DGB ein Grußwort gesprochen. Er engagierte sich in einer weltweiten Initiative »Mayors for peace« – Bürgermeister für den Frieden. Nach 34 Jahren wurde er 2006 als Dienstältester Oberbürgermeister verabschiedet. Er lebt heute in Hannover und engagiert sich u.a. für verfolgte Bürgerrechtler in der Türkei.

## *Kampfabstimmung bei der Wahl des Ersten Bevollmächtigten der IG Metall*

<sup>37</sup> Zeitzeugengespräch mit Herbert Schmalstieg

<sup>38</sup> Zeitzeugengespräch mit Dieter Dicke

<sup>39</sup> Zeitzeugengespräch mit Herbert Schmalstieg

Nur ein Jahr später kam es bei der IG Metall zu einer Kampfabstimmung – diesmal bei der Wahl zum neuen Ersten Bevollmächtigten. Wieder spielte Albert Kallweit eine Rolle, wieder wurde der Empfehlung des Leitungsgremiums nicht gefolgt. Der langjährige Erste Bevollmächtigte, Heini Menius, kündigte am 28. Mai 1973 an, dass er mit 65 Jahren ausscheiden werde und eröffnete damit die Diskussion über seine Nachfolge. Er brachte als Vorschlag in die Debatte, den Zweiten Bevollmächtigten zum neuen Ersten Bevollmächtigten zu wählen. Nach der Wahl von Kallweit solle dann der Gewerkschaftssekretär Hans Berkentin als neuer Zweiter Bevollmächtigter vorgeschlagen werden.<sup>40</sup>

In der Folgezeit gab es insbesondere bei den Vertrauensleuten von Volkswagen in Stöcken eine Stimmung gegen die Wahl von Albert Kallweit. Der damalige VK-Leiter, Dieter Dicke, und der neu gewählte Betriebsratsvorsitzende, Gerd Mogwitz, teilten diese Vorbehalte. Dieter Dicke erinnert sich: »Wir waren sicher, dass Kallweit auch bei einer Wahl zum Ersten Bevollmächtigten mehr Stadtrats- und Parteiarbeit gemacht hätte und die Betreuung der Betriebe vernachlässigen würde. Sowohl Gerd Mogwitz als auch der damalige Gewerkschaftssekretär Fritz Westphal haben sich gegen Albert Kallweit ausgesprochen. Bei der Entscheidung über seine Nachfolge hat sich Heini Menius stark zurückgehalten. Über die Nachfolgefrage gab es ein Gespräch zwischen Fritz Westphal, Gerd Mogwitz und mir. Wir wollten den Lohrer Bildungsreferenten Claus Wagner, der auch bereit war zu kandidieren.«<sup>41</sup>

Auf einer Vertrauensleutesitzung bei Volkswagen stellten sich dann Albert Kallweit und Claus Wagner vor. Die Stimmung am Ende der Sitzung war eindeutig für Claus Wagner. In den Sitzungen der Ortsverwaltung am 22. Oktober und 23. November 1973 kommt es zu heftigen, kontroversen Debatten. Auch nach der Vorstellung von Claus Wagner im Ortsvorstand, hielt der bisherige Bevollmächtigte Heinrich Menius an seinem Vorschlag fest, Albert Kallweit zum Ersten Bevollmächtigten zu wählen. Er wurde dabei u.a. von folgenden Mitgliedern der Ortsverwaltung unterstützt: Siegesbert Kassubowski von Hanomag, Valentin Orth von Varta, Kurt Jansen von Wabco sowie von Hilde Freund von Wohlenberg. Claus Wagner wurde von Dieter Dicke und Gerd Mogwitz, aber auch von Hans Kuck von VAW-Leichtmetall unterstützt. Insgesamt stimmten acht Mitglieder der Ortsverwaltung für Albert Kallweit und vier Mitglieder für Claus Wagner. Die Ortsverwaltung beschloss vor dem Hintergrund der hohen Anzahl von VW-Vertrauensleuten in der Vertreterversammlung, beide Kandidaten auf den Stimmzetteln aufzuführen.<sup>42</sup>

Die entscheidende Delegiertenversammlung fand am 14. Dezember 1973 statt. Neben den Delegierten von Volkswagen und VAW-Leichtmetall unterstützen u.a. auch die Delegierten von Telefunken Claus Wagner.<sup>43</sup> Mit seinen guten rhetorischen Fähigkeiten konnte dieser die Delegierten begeistern. Albert Kallweit kam dagegen nicht gut an. In der entscheidenden Abstimmung erzielte Claus Wagner eine deutliche Mehrheit und nahm ab 1. Januar 1974 seine Arbeit als neuer Erster Bevollmächtigter auf. Albert Kallweit wurde erneut zum Zweiten Bevollmächtigten gewählt, wechselte dann aber 1975 in die Bezirksleitung der IG Metall. Ihm folgte der Gewerkschaftssekretär Fritz Westphal in der Position des Zweiten Bevollmächtigten.

---

<sup>40</sup> Protokoll der Sitzung der Ortsverwaltung Hannover der IG Metall, 28. Mai 1973, Archiv der IG Metall Verwaltungsstelle Hannover

<sup>41</sup> Zeitzeugengespräch mit Dieter Dicke

<sup>42</sup> Protokolle der Sitzungen der Ortsverwaltung Hannover der IG Metall, am 22. Oktober und 23. November 1973, Archiv der IG Metall Hannover

<sup>43</sup> Zeitzeugengespräch mit Heinz Jewski

Im Nachhinein betrachtet, war die Wahl von Claus Wagner eine deutliche Niederlage der Mehrheit des Ortsvorstandes, der die Stimmung falsch eingeschätzt hat. Ähnlich wie beim Konflikt um die Oberbürgermeisterwahl bei der SPD setzte sich die Basis gegen das Leitungsgremium durch. Die Zeiten hatten sich geändert. Die Mitglieder folgten nicht mehr ohne weiteres den Vorschlägen der Leitungsgremien. Die gesellschaftspolitische Grundstimmung ging in Richtung einer stärkeren Demokratisierung der Entscheidungsprozesse.

Claus Wagner<sup>44</sup>

30. November 1929 in Breslau (heute Wroclaw); † 16. August 2017 in Hannover

Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover

Claus Wagner wurde zum Kriegsende noch als 15-Jähriger zur Wehrmacht eingezogen worden und geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft, von wo ihm die Flucht in seine Heimatstadt gelang. Dort wurde er von polnischen Sicherheitskräften verhaftet, die ihm vorwarfen, Mitglied der nationalsozialistischen Terrororganisation »Werwolf« zu sein. Er saß neun Monate im Gefängnis, davon vier Monate in Einzelhaft. Unerwartet wurde er freigelassen und zog zu seiner Mutter nach Wolfenbüttel. Er fand 1947 Arbeit bei der Aktiengesellschaft für Berg- und Hüttenwerke in Salzgitter (der heutigen SMAG) und wurde dort vom legendären Betriebsratsvorsitzenden Erich Söchtig für die IG Metall geworben. Hier begann Wagners Engagement für die IG Metall: Er wurde Betriebsjugendsprecher, Vertrauensmann und Betriebsratsmitglied. Er organisierte im Betrieb einen inoffiziellen Streik gegen gesteigerte Leistungshetze und wurde als »Rädelsführer« entlassen. Ab 1960 arbeitete er als Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Salzgitter und ab 1962 als Bildungsreferent an der zentralen IG Metall Schule in Lohr.

1973 wurde Claus Wagner als Erster Bevollmächtigter gewählt und blieb dies fast 20 Jahre bis Ende 1992. Wegen seiner hellgrauen Haare wurde er auch »Häuptling Silberlocke« genannt. Von 1979 bis 1986 war er ehrenamtliches Mitglied im Vorstand der IG Metall. Es gibt unterschiedliche Meinungen zu Claus Wagner. Zu Beginn seiner Zeit als Bevollmächtigter in Hannover brachte er neuen Schwung in die örtliche Arbeit. Er setzte neue Akzente in der Betriebsbetreuung, in der Vertrauensleutearbeit, in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und der Angestelltenarbeit. Er war ein mitreißender Redner, der Kolleginnen und Kollegen begeistern konnte. Am Ende seiner Amtszeit, etwa ab Anfang der 1980er Jahre mehrten sich jedoch kritische Stimmen. In der Zeit der Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt hat Claus Wagner immer den Kurs der SPD-geführten Bundesregierung unterstützt. Es kam zu Konflikten über den NATO-Doppelbeschluss und den Krefelder Appell, die Praxis der Berufsverbote usw. In dieser Zeit entwickelte Wagner eine übersteigerte Haltung gegen linke Sozialdemokraten, parteilose Sozialisten und DKP-Mitglieder.

Diese Widersprüchlichkeit bringt Heinz Jewski, der damalige VK-Leiter bei Telefunken auf den Punkt: »Ich kann sagen, dass alle Delegierten von Telefunken für Claus Wagner gestimmt haben. Ich habe mich auch für Claus eingesetzt. Ich sage das immer vor dem Hintergrund meiner Seminarteilnahme bei Claus Wagner in Lohr: Er hat mich auf dem Gewissen. Er hat mich für die IG Metall Arbeit motiviert. Wagner war ein mitreißender

<sup>44</sup> IG Metall Hannover (Hrsg.) (2019): Die ersten Bevollmächtigten der IG Metall Hannover, S. 17-21

Redner, der Kollegen mitnehmen konnte. Mit Claus Wagner bekam die gewerkschaftliche Bildungsarbeit neuen Schwung. Wir hatten – trotz aller Wertschätzung – auch Konflikte mit Claus Wagner. Bei der Frage des NATO-Doppelbeschlusses zur Stationierung von Mittelstreckenraketen, haben wir uns mit ihm in die Flicken gekriegt.«<sup>45</sup>

Vor diesem Hintergrund ist auch der Konflikt um die erneute Nominierung als ehrenamtliches Vorstandsmitglied zu sehen. Wagner war seit 1979 ehrenamtliches Mitglied im Vorstand der IG Metall. Bei der Vorbesprechung der Delegierten für den Gewerkschaftstag 1986 wurde er nicht wieder nominiert, sondern der Bevollmächtigte Bernd Henn aus Salzgitter. Zum Jahresende 1992 ging Claus Wagner in den Ruhestand.

### *Jugendarbeit in der IG Metall Hannover*

In der Zeit von 1967 bis 1976 schwankte die Mitgliederzahl von jugendlichen Mitgliedern um die Zahl 7.000. 1974 wurden in 34 Betrieben Jugendvertretungen gewählt. Von den 82 Jugendvertretern waren fast 82% Mitglied der IG Metall. Der damalige Vorsitzende des Ortsjugendausschusses (OJA) Hasso Düvel erinnert sich: »Als Jürgen Peters 1968 zur Akademie der Arbeit (ADA) wechselte, wurde ich sein Nachfolger als OJA-Vorsitzender. Für Jürgen und mich war wichtig, die Jugendbildungsarbeit in die Gänge zu bringen.«<sup>46</sup>

Die damalige Jugendvertreterin bei Hanomag und spätere Bildungsreferentin im IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel, Edith Grosspietsch, erinnert sich: »Es gab betriebliche und regionale IG Metall Jugendgruppen am Ort. Die trafen sich in der Regel in den jeweils naheliegenden Freizeitheimen. Für unsere Hanomag-Gruppe war es das Freizeitheim Linden. So lernten wir Egon Kuhn kennen und hatten viele Veranstaltungen mit ihm zusammen. Unsere Aktivitäten waren überbetrieblich. Wir hatten einfach Spaß zusammen, machten gemeinsame Ausflüge, lasen Tucholsky, Brecht, Traven und andere oder hörten Arbeiterlieder auf Schallplatten an. Ich erinnere mich an Ernst Busch, Lieder des spanischen Bürgerkriegs.«<sup>47</sup>

In den Betriebsjugendgruppen und im Ortsjugendausschuss wurden von 1970 bis 1973 viele Diskussionen durch Mitglieder verschiedener maoistischer K-Gruppen majorisiert. Häufig waren es ehemalige Jugendvertreter, die nun im Weiterbildungsstudium waren. Der Richtungsstreit über den »richtigen Weg zum Sozialismus« verdrängte zeitweise die betrieblichen Themen der Gewerkschaftsjugend. Rolf Homeyer erinnert sich: »Um den Einfluss von K-Gruppen zu minimieren, beschlossen wir im OJA, dass in den gewerkschaftlichen Gremien nur noch Mitglieder vertreten sind, die auch im Betrieb arbeiteten. Das trug entscheidend zur Fokussierung auf betriebliche Themen bei, ohne dabei kapitalismuskritische Diskussionen zu vernachlässigen.«

Später war Heidi Pape, die Jugendsprecherin von der Hanomag, von 1974 bis 1978 im OJA und von 1976 bis 1979 Vorsitzende des Kreisjugendausschusses (KJA) des DGB Hannover. OJA-Vorsitzender war damals Rolf Hehnen. Weitere Mitglieder im OJA waren u.a. Stefan Koppelman, Marita Weber und Christoph Knop. Heidi erinnert sich an die Jugendarbeit in dieser bewegten Zeit: »Wir hatten unheimlich viele Wochenend-Schulungen. Fast jedes zweite Wochenende war Schulung. Die Seminare waren damals voll ausgebucht; teilweise mussten wir Kollegen absagen. Ich habe auch als ehrenamtliche Referentin zweimal im Jahr

<sup>45</sup> Zeitzeugengespräch mit Heinz Jewski

<sup>46</sup> Zeitzeugengespräch mit Hasso Düvel

<sup>47</sup> Zeitzeugengespräch mit Edith Grosspietsch

ein Jugend-1-Seminar geleitet. Das Problem war die Freistellung im Betrieb. Die Seminarleitung lag immer bei einem Referententeam von zwei bis drei Kollegen. Die Jugendarbeit wurde damals von Jugendlichen aus Betrieben wie Kabelmetal, Hanomag und VAW-Leichtmetall getragen. Jugendbildungsarbeit war eindeutig der Schwerpunkt der Jugendarbeit. Wir wollten als kompetente Gesprächspartner in der gesamten IG Metall wahrgenommen werden. Wir wollten in der Gewerkschaftsarbeit Impulse setzen. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Berufsausbildung und die Jugendarbeitslosigkeit. Es ging auch um die Höhe der Ausbildungsvergütungen. Wir wollten, dass in den Tarifrunden die Ausbildungsvergütungen überproportional erhöht und prozentual an die Facharbeiter-Ecklohngruppe angebunden werden. Dazu gab es auch in der IG Metall interne Konflikte, weil nicht alle unsere Forderungen teilten.«<sup>48</sup>

Zur damaligen Jugendarbeitslosigkeit erinnert sich Heidi: »Es ging damals so: Wer einen Vater, Mutter oder Bruder im Betrieb hatte, der hatte auch bessere Chancen, dort einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Wenn nicht, war es deutlich schwieriger. Viele junge Menschen haben Bewerbungen geschrieben – ohne Ende und ohne Erfolg. Es gab dann das Berufsgrundbildungsjahr, mit dem das erste Ausbildungsjahr in der Berufsschule absolviert wurde. Ziel war es, dass die Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen hatten, nicht auf der Straße standen.«<sup>49</sup>

Hasso Düvel<sup>50</sup>

\* 26. Januar 1945 nahe Eisleben in Sachsen-Anhalt

Jugendvertreter bei Wohlenberg, später Bezirkssekretär und Bezirksleiter

Hasso Düvel zog mit seiner Mutter 1945 in den Raum Hannover. Von 1961 bis 1964 absolvierte er eine Ausbildung als Maschinenschlosser bei der Firma Wohlenberg in Hannover. Damals war diese ein Großbetrieb mit ca. 1.300 Beschäftigten. Es wurden Groß-Drehmaschinen und industrielle Papierschneidemaschinen hergestellt. Im Betrieb lag damals der Organisationsgrad der IG Metall bei knapp 50%. Der damalige Betriebsratsvorsitzende Grade vertrat die Auffassung: »Erst die Lehre, dann die Gewerkschaft.« Deshalb gab es keine Jugendvertretung und die Lehrlinge wurden nicht für die IG Metall geworben.

Hasso wandte sich deshalb 1962 an die IG Metall Hannover, und zwar an den Jugendsekretär Fritz Westphal. Westphal gab Hasso den Tipp: Werbt erstmal die Hälfte der Lehrlinge für die IG Metall und dann wählt ihr eine Jugendvertretung. Zusammen mit einigen Kollegen hat Hasso dann unter den Lehrlingen Mitglieder für die IG Metall geworben. Hasso erinnert sich: »Als wir die Hälfte der 50 Lehrlinge organisiert hatten, bin ich mit dem Stapel Aufnahmescheine zu Fritz Westphal gegangen, und wir sind quasi kollektiv in die IG Metall eingetreten – das war 1963. Nach der anschließenden Wahl zur Jugendvertretung wurde ich als Vorsitzender gewählt.«

Von 1964 bis 1968 arbeitete Hasso in der Abteilung Instandhaltung, was den Vorteil hatte, dass er in allen Abteilungen der Firma herumkam. Bei der Betriebsratswahl 1966 erhielt er nach Harry Lindemann und Hilde Freund die drittmeisten Stimmen. Hasso: »In dem Jahr haben wir dann auch eine IG Metall Jugendgruppe Nord gegründet, bei der neben den

<sup>48</sup> Zeitzeugengespräch mit Heidi Pape

<sup>49</sup> Ebd.

<sup>50</sup> Zeitzeugengespräch mit Hasso Düvel

Lehrlingen von Wohlenberg auch die Lehrlinge anderer Firmen aus dem Norden Hannovers mitgemacht haben. Nach dem ich bei Wohlenberg in die Jugendvertretung gewählt worden war, habe ich auch im Ortsjugendausschuss mitgearbeitet. Als der Vorsitzende des Ortsjugendausschuss Wilfried »Ronny« Ronshausen altersbedingt abtrat, gab es eine Konkurrenzsituation zu Jürgen Peters. Letztlich wurde Jürgen zum Vorsitzenden gewählt. Wir haben aber keine Konflikte gehabt und gut zusammengearbeitet. Als Jürgen 1968 zur Akademie der Arbeit (ADA) wechselte, wurde ich sein Nachfolger. Für Jürgen und mich war wichtig, die Jugendbildungsarbeit in die Gänge zu bringen.«

Hasso Düvel war von 1974 bis 1981 für die SPD Mitglied im Stadtrat von Hannover. Er war Vorsitzender des Schulausschusses – wie es auch Otto Brenner Anfang der 1950er Jahre gewesen war. Hasso wurde 1974 Bezirkssekretär für Jugend in der IG Metall Bezirksleitung Hannover: »Wir haben im Bezirk eine systematische Ausbildung von ehrenamtlichen Referenten für die Jugendseminare forciert. Aus diesem Kreis sind dann etliche zur AdA oder HWP gegangen. 1986 übernahm ich auch die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Die bereits vorhandenen und bewährten Bildungsregionen wurden dann stärker in die systematische Ausbildung von ehrenamtlichen Referenten einbezogen. Da wurden viele Prinzipien der Jugendbildungsarbeit mit übernommen.«

Bereits 1983 übernahm Hasso zusätzlich in der Bezirksleitung den Bereich Handwerk, wobei er in der Jugendarbeit durch Jugendbildungsreferenten in der Bezirksleitung unterstützt wurde. Ab 1987 übernahm er den Bereich der Tarifpolitik in der Metallindustrie. 1990 wurde er Bezirksleiter im IG Metall Bezirk Sachsen und später des gemeinsamen Bezirkes Berlin-Brandenburg-Sachsen. Ende des Jahres 2004 schied er aus Altersgründen aus. Heute lebt er in Kiel.

Edith Grosspietsch<sup>51</sup>

\* 27. Juni 1948 in Wunstorf bei Hannover

Jugendvertreterin bei Hanomag, später Bildungsreferentin in Sprockhövel

Edith Grosspietsch wuchs in einer typischen Nachkriegsfamilie auf. Mit 15 Jahren begann sie am 1. April 1964 bei der Rhein Stahl Hanomag AG in Hannover-Linden eine Ausbildung als »Technischer Zeichner«, wie es damals hieß. Die Auszubildenden wurden damals grundsätzlich Lehrlinge genannt. Von den 80 Lehrlingen im ersten Lehrjahr waren drei junge Frauen. Insgesamt waren es ca. 250 Lehrlinge, davon ca. elf junge Frauen. Schon im »Grundkurs Metall« kamen in der ersten Woche gleich zwei Jugendvertreter (Jürgen Peters und Gerd Weiberg) in die Lehrwerkstatt und führten mit jedem Lehrling ein Gespräch zur Aufnahme in die IG Metall. Edith ist dann 1964 auch sofort in die IG Metall eingetreten, wie alle anderen Lehrlinge auch.

Edith erinnert sich: »Ich fand die Ausbildung sehr gut. Geärgert haben wir uns damals über die Disziplinierung von autoritären Vorgesetzten in den Produktionsabteilungen; sie waren nicht pädagogisch ausgebildet. Wir wurden häufig respektlos behandelt und wurden als Lehrlinge nicht ernst genommen. Während der Ausbildung als »Technischer Zeichner« spielte auch die Qualifikation, Normschrift handschriftlich schreiben zu können, eine große Rolle.

<sup>51</sup> Zeitzeugengespräch mit Edith Grosspietsch

Zum Üben mussten wir mehrere Seiten der Lebensgeschichte des Hanomag Gründers Egestorf in Normschrift abschreiben. Auch die Berichtshefte mussten von allen gewerblichen Lehrlingen in Normschrift geführt werden. Ähnlich wie beim U-Eisen-Feilen war auch hier Disziplin, Ordnung und Sauberkeit das Lernziel; abgesehen vom ideologischen Inhalt der Firmengeschichte.«

Nach der Ausbildung 1967 arbeitete Edith drei Jahre in der Motorenkonstruktion der Hanomag. Sie wurde 1965 in die Jugendvertretung gewählt. Edith weiter: »Gleich 1964 nahm ich an meinem ersten IG Metall-Seminar teil – Einführung für junge IG Metalller in Wremen bei Bremerhaven. 1965 habe ich in der IG Metall-Jugendbildungsstätte in Usseln im Sauerland den zweiwöchigen Kurs ›Jugend 1‹ besucht. Danach folgten in Berlin das Ost-West-Seminar und das Deutsch-Französische Seminar in Schliersee. Das Seminar in Berlin fand eine Woche nach dem tödlichen Schuss auf Benno Ohnesorg statt (2. Juni 1967). Der damalige Schulleiter Lothar Pinkall fuhr mit Teilnehmern mehrere Abende in den neu gegründeten Club Voltaire, der voll mit Studenten und fortschrittlichen Professoren, hitzig über den Zustand in der BRD debattierte. Ich erlebte Rudi Dutschke live! Ein weiteres großes Highlight in meiner politischen Sozialisation.«

Edith zu ihrer Arbeit im Ortsjugendausschuss: »Nachdem ich als Jugendvertreterin gewählt wurde, bin ich dann auch über die IG Metall-Jugendgruppe in den Orts-Jugendausschuss der Verwaltungsstelle gekommen. Ich wurde für kurze Zeit stellvertretende Vorsitzende, als Jürgen zur AdA ging und Hasso erster Vorsitzender wurde.«

Die Heimvolkshochschule in Hustedt spielte in Ediths Entwicklung und ihrem weiteren Werdegang eine große Rolle – sie bot unter anderem 6-Wochen und 5-Monatskurse an. Dies waren in der Regel Vorbereitungskurse für weitere Studiengänge. Edith konnte 1968/69 an beiden Kursen teilnehmen, da sie von der Hanomag unbezahlt freigestellt wurde. Unterkunft und Verpflegung waren frei und von der IG Metall wurde ein Taschengeld bzw. Büchergeld gezahlt. Edith erinnert sich: »Von den Referenten hat mich am stärksten Hansgeorg (Schorsch) Conert geprägt. Er war zu der Zeit Leiter des Ost-West-Seminars in Hustedt und ging 1970 als Dozent zur Fachhochschule nach Frankfurt.«

Edith: »1970 habe ich dann die Hanomag verlassen, habe in Hessen über eine Sonderbegabtenprüfung den Zugang zur Fachhochschule Frankfurt bekommen und dort Sozialarbeit studiert. Dort lehrte Hansgeorg Conert. Da er für mich so etwas war, wie mein politischer Ziehvater, ging ich gerne nach Frankfurt.« Im Jahr 1973 begann ihr Anerkennungsjahr als Sozialarbeiterin im IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel. Ab 1974 arbeitete sie dort als Bildungsreferentin in den verschiedensten Schwerpunkten, immer auch mit regionalen Bezügen besonders zur Verwaltungsstelle und zum Bezirk Hannover. Mehrere Zeitzeugen berichteten, dass sie durch ihre Jugendseminare bei Edith Grosspietsch entscheidend für ihre weitere gewerkschaftliche Arbeit geprägt wurden.<sup>52</sup>

2006 ging sie in die passive Phase der Altersteilzeit – nach 33 Jahren im Bildungszentrum. Bis 2009 arbeitete sie weiter ehrenamtlich und begleitete örtliche Referentenarbeitskreise. Heute lebt sie in Offenbach.

### *Jugendbildungsarbeit in der IG Metall Hannover*

---

<sup>52</sup> Zeitzeugengespräch mit Walter Fabian

Reinhard Schwitzer, seit 1974 Gewerkschaftssekretär, erinnert sich an die Jugendbildungsarbeit: »Wir hatten eine gewisse Tradition entwickelt, dass wir uns einmal im Jahr in der Heimvolkshochschule Góhrde getroffen haben. Die ersten drei Tage war Klausur des Ortsjugendausschuss mit Erstellung eines Arbeitsplans und im Anschluss drei Tage der Teamer-Arbeitskreis für die Jugendseminare. Der Teamer-Arbeitskreis bestand aus 15 bis 20 ehrenamtlichen Referentinnen und Referenten, die von mir und Edith Grosspietsch aus dem Bildungszentrum Sprockhövel betreut wurden.«<sup>53</sup>

Zur Jugendbildungsarbeit erinnert sich Edith Grosspietsch: »Mein Weg führte mich immer weiter weg von meiner beruflichen Erstqualifizierung als Technische Zeichnerin, hin zur Jugend- und Bildungsarbeit der IG Metall. Sowohl als Teilnehmerin als auch als ›Teamerin‹ (so der Begriff für ein Mitglied des Referententeams). Es ging darum, mit dem Ziel zu lernen, sich in der Gesellschaft zu orientieren, und um die eigenen Interessen kollektiv vertreten zu können.«

### *Bildungsarbeit in der IG Metall Hannover*

Die regionale Bildungsarbeit wurde ab Mitte der 1970er Jahre stark von Kolleginnen und Kollegen beeinflusst, die früher in der Jugendbildungsarbeit aktiv waren. Dies gilt insbesondere für Reinhard Schwitzer, der zunächst für Jugend- und Bildungsarbeit in Hannover zuständig war und später im Jahr 2002 Erster Bevollmächtigter wurde. Eine wichtige Rolle spielte dabei auch der langjährige pädagogische Mitarbeiter der Bildungsvereinigung »Arbeit und Leben« Wilhelm Warner. Er war u.a. zuständig für die Betreuung der örtlichen Bildungsarbeit der IG Metall Hannover.

Wilhelm Warner<sup>54</sup>

\* 16. Dezember 1939 in Jever

Bildungsreferent bei »Arbeit und Leben«

Wilhelm Warner absolvierte nach Abschluss der Volksschule von 1954 bis 1957 in Jever eine Ausbildung als Rechtsanwalts- und Notariatsgehilfe. Er kam in Wilhelmshaven mit den Gewerkschaften in Kontakt und trat 1957 in die Gewerkschaft »Handel, Banken und Versicherungen (HBV)« ein – eine der Vorläuferorganisationen der heutigen Gewerkschaft ver.di. Anschließend arbeitete er bei verschiedenen Rechtsanwaltskanzleien in Wilhelmshaven, der Schreibmaschinen-Firma Olympia und der AOK in Wilhelmshaven. Er engagierte sich in der HBV und im DGB-Kreisjugendausschuss. Dort kam er erstmals mit der gewerkschaftlichen, politischen Bildungsarbeit in Kontakt. Es gab eine enge Zusammenarbeit mit der gewerkschaftlichen Studentengruppe an der Hochschule Wilhelmshaven-Rüstersiel. Er wurde in dieser Zeit und auch später von dem Gewerkschaftssekretär Friedrich-Wilhelm Kraft unterstützt und gefördert.

1962 besuchte er in der Heimvolkshochschule Hustedt zunächst den 6-Wochen-Grundkurs und anschließend den 6-Monats-Aufbaukurs. Daran schloss sich von 1963 bis 1965 ein Studium an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg an. Während der

<sup>53</sup> Zeitzeugengespräch mit Reinhard Schwitzer

<sup>54</sup> Zeitzeugengespräch mit Wilhelm Warner

Zeit in Hustedt und Hamburg erhielt er ein Stipendium der heutigen Hans-Böckler-Stiftung und leistete parallel zum Studium gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit. Anschließend arbeitete er zunächst für ein Jahr an der DGB-Bundesschule in Springe, im Anschluss daran als Verwaltungsangestellter dem »Niedersächsischen Bund für freie Erwachsenenbildung« in Hannover. Am 1. Januar 1969 begann seine Tätigkeit beim niedersächsischen Bildungswerk »Arbeit und Leben (AuL)« als pädagogischer Mitarbeiter. Arbeit und Leben ist ein gemeinsamer Bildungsträger der niedersächsischen Gewerkschaften und Volkshochschulen. Günstig war, dass ab 1970 aufgrund des niedersächsischen Gesetzes zur Erwachsenenbildung bei »Arbeit und Leben« mehrere pädagogische Mitarbeiter eingestellt werden konnten. Wilhelm Warner trat 1969 zur »Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)« über. Er arbeitete für »Arbeit und Leben« bis zu seinem Berufsausstieg im Jahr 2006 – insgesamt 37 Jahre. In dieser Zeit war er eine »feste Größe« für alle ehrenamtlichen Referentinnen und Referenten. Ab 1969 war er für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit von »Arbeit und Leben« in der Region Hannover zuständig, aber auch in anderen Regionen im Umkreis von Hannover. Wilhelm Warner hat den Referentenarbeitskreis der IG Metall Hannover von den 1970er Jahren bis zu seinem Ausstieg im Jahr 2006 betreut.

Er war seit Anfang der 1960er Jahre Mitglied der SPD und trat angesichts der Agenda-Politik von Bundeskanzler Gerhard Schröder 2003 aus der SPD aus. Nach seinem Ausstieg aus dem Berufsleben behielt Wilhelm Warner seine Mitgliedschaft bei der (GEW) bei, trat aber ab 1.1.2007 zusätzlich in die IG Metall ein. Seit 2008 ist er bis heute Mitglied der Delegiertenversammlung der IG Metall Hannover. Auch nach seinem Ausstieg aus dem aktiven Arbeitsleben nimmt er weiter an gewerkschaftlichen Veranstaltungen, Seminaren und Demonstrationen teil. Privat hofft er auf bessere Zeiten für seinen Vereins Schalke 04.

Wilhelm Warner erinnert sich: »Das Zusammentreffen mit Reinhard Schwitzer war ein Glücksfall. Es war eine konfliktreiche, aber gerade deswegen produktive Zusammenarbeit mit ihm. Zusammen mit Edith Grosspietsch vom IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel haben wir viele Jahre erfolgreich zusammengearbeitet.«<sup>55</sup> In Hannover spielten schon Anfang der 1970er Jahre die sogenannten betrieblichen Arbeitskreise für die Bildungsarbeit eine entscheidende Rolle. Neben Volkswagen gab es in allen Hannoveraner Großbetrieben derartige betriebliche Arbeitskreise zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit: bei Hanomag, Telefunken, Kabelmetal, Berstorff, Wabco, VAW-Leichtmetall und vielen anderen.

Zur Bildungsarbeit bei Volkswagen erinnert sich Wilhelm: »In der Ära des Betriebsratsvorsitzenden Heinz Hilbich war es sehr schwierig, gewerkschaftliche Bildungsarbeit durchzuführen. Dies änderte sich als Gerd Mogwitz Betriebsratsvorsitzender wurde. Die gesamte Vertrauenskörperleitung unter der Leitung von Dieter Dicke hat sich damals in der Bildungsarbeit engagiert.«<sup>56</sup> Bei Volkswagen gab es Mitte der 1970er insgesamt 28 betriebliche Arbeitskreise. Dazu erinnert sich Wilhelm: »Die betrieblichen Arbeitskreise bei VW waren in dieser Zeit ein entscheidender Teil der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Da bei Volkswagen mehrheitlich ein Zwei-Schicht-Betrieb vorherrschte, wurden die Arbeitskreise im Anschluss an die jeweilige Frühschicht für ca. 1,5 Stunden durchgeführt, also alle zwei Wochen, und zwar in Räumen des VW-Werkes. Die Arbeitskreisleiter und die Referenten waren alles ehrenamtliche Kollegen. In jedem Arbeitskreis kamen zehn bis 20 Kollegen zusammen, mehrheitlich Vertrauensleute. Jeweils

<sup>55</sup> Zeitzeugengespräch mit Wilhelm Warner

<sup>56</sup> Ebd.

im Winterhalbjahr (Oktober bis März) wurde ein Referentenleitfaden von ›Arbeit und Leben‹ herausgegeben, mit dem zehn bis zwölf Sitzungen abgedeckt werden konnten. Auf der Grundlage dieser Leitfäden haben wir die ehrenamtlichen Referenten qualifiziert. Inhaltliche Schwerpunkte waren: Aktuelle politische und gewerkschaftliche Themen, Geschichte, VW-Geschichte, Faschismus, Sozialpolitik, Rentenpolitik, Lohnfindung, Schwerbehindertenrecht und der gewerkschaftlichen Jugendarbeit.«<sup>57</sup>

### *Angestelltenarbeit*

Die IG Metall Hannover tat sich in den 1950er und 1960er Jahren mit der Mitgliederwerbung im Angestelltenbereich schwer. Dies änderte sich Anfang der 1970er Jahre. Der neue Bevollmächtigte Claus Wagner und der Angestelltensekretär Karl-Heinz Tralls begannen zusammen mit betrieblichen Kolleginnen und Kollegen eine systematische Angestelltenarbeit. Wichtig waren dafür regelmäßige Grundlagenseminare für Angestellte. Karl-Heinz Tralls führte diese Seminare zusammen mit Jürgen Peters durch, der damals Bildungsreferent in der IG Metall Bildungsstätte Lohr war. Im Rahmen dieser Bildungsarbeit wurden auch ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen aus dem Angestelltenbereich zu Referenten qualifiziert, so etwa Walter Zarnikow von Hanomag und Helga Kern von Imperial.

Karl-Heinz Tralls

\*1. Juni.1942, † 24. April 1994

Karl-Heinz Tralls absolvierte nach der Schulausbildung eine Lehre als Mechaniker bei einem Tochterunternehmen der Preussag in Goslar. Dort trat er mit Beginn der Ausbildung in die IG Metall ein. Er engagierte sich in der Jugendgruppe der IG Metall, wurde als Jugendvertreter gewählt, qualifizierte sich in zentralen Seminaren des DGB und besuchte den 6-Wochen-Kurs an der Heimvolkshochschule Hustedt. Anschließend arbeitet er ein Jahr als Volontär in verschiedenen DGB-Kreisen.

1965 wurde Karl-Heinz in der IG Metall Hannover als Jugendsekretär eingestellt und wird 1970 zuständig für die Angestelltenarbeit. Damals waren vergleichsweise wenige Angestellte in den Metallbetrieben Mitglied der IG Metall. Etliche gehörten der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) an. Die Mehrheit war gar nicht gewerkschaftlich organisiert. In einem systematischen Prozess gelang es Karl-Heinz Tralls und seinen ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen die Zahl der Mitglieder erheblich zu steigern.

1979 wechselte Karl-Heinz Tralls in die Bezirksleitung Hannover und arbeitet dort bis 1990 als Tarifsekretär für die Metall- und Elektroindustrie. Im Jahr 1990 wurde er als hauptamtliches Mitglied des DGB-Landesbezirks Niedersachsen gewählt. Von 1990 bis 1993 war er Mitglied der Vertreterversammlung der AOK Niedersachsen, von 1991 bis 1992 alternierender ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender. 1993 wechselte Karl-Heinz in die hauptamtliche Funktion des Geschäftsführers der AOK Niedersachsen. Im Jahr 1994 verstarb er plötzlich im Alter von nur 51 Jahren.

---

<sup>57</sup> Ebd.

Die Seminarangebote und die systematische Ansprache hat sich sehr positiv auf die Mitgliedszahlen bei den Angestellten ausgewirkt. Hatte die IG Metall 1965 gerade mal 3.395 Mitglieder im Angestelltenbereich, waren es im Jahr 1977 bereits 8.029. Dies war eine Erhöhung um 4.819 Mitglieder oder um 150%. Die Werbung des 6.000sten und des 7.000sten Mitgliedes aus dem Angestelltenbereich wurde gefeiert. Das 6.000ste Mitglied wurde bei VARTA und das 7.000ste Mitglied bei Wabco geworben.

#### *Arbeitskreise Sozialpolitik und Schwerbehinderte*

1968 wurde der »Arbeitskreis Sozialpolitik« gegründet. Sachverständige Kolleginnen und Kollegen aus allen Sozialversicherungszweigen hatten hier die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch. Insbesondere in der Zeit ab 1974 war der Arbeitskreis unter der Leitung des Gewerkschaftssekretärs Werner Arndt sehr aktiv.

Als im Jahr 1974 das Schwerbehindertengesetz verabschiedet wurde, gründete die IG Metall Hannover einen Arbeitskreis für die Schwerbehindertenvertrauensleute, der in der Folgezeit kontinuierlich und erfolgreich arbeiten sollte. Heute heißt er Arbeitskreis Behindertenpolitik.

#### *Ausländerausschuss der IG Metall Hannover*

Im Geschäftsbericht der IG Metall Hannover der Jahre 1975 bis 1977 wird über die Gründung eines Arbeitskreises »Ausländische Arbeitnehmer« berichtet, zu dem 96 ausländische Vertrauensleute eingeladen wurden.<sup>58</sup> Dies legte die Grundlage dafür, dass die Zahl ausländischer Mitglieder in der IG Metall in den folgenden Jahren deutlich zunahm. Waren es im Jahr 1977 noch 3.124 Mitglieder, erhöhte sich die Zahl im Jahr 1980 auf 7.375 ausländische Mitglieder. Über 50% davon waren Türken, gefolgt von Spaniern, Jugoslawen, Italienern und Griechen.<sup>59</sup>

#### *Griechische Gewerkschafter werden vom Geheimdienst verprügelt*

Im Jahr 1970 kam es in Hannover zu dramatischen Ereignissen um griechische Gewerkschafter, viele davon Mitglieder der IG Metall. Im Jahr 1967 putschte nach innenpolitischen Konflikten eine kleine Militärjunta um Oberst Papadopoulos und General Patakos und schaffte in Griechenland die Demokratie ab. Sie sollten bis 1974 an der Macht bleiben. Alle linken Kräfte wurden massiv unterdrückt. Allein auf der Gefangeneninsel Gyaros wurden 6.500 politische Häftlinge gefangen gehalten. Viele Menschen mussten in den Untergrund oder ins Exil gehen und arbeiteten von dort gegen die Militärjunta, so etwa der bekannte Komponist Mikis Theodorakis.

Auch in Hannover engagierten sich viele griechische Beschäftigte gegen die Militärjunta, viele von ihnen waren Mitglied der IG Metall. Im April 1970 wurden mehrere griechische Gewerkschafter brutal überfallen, verprügelt und mit Messern das Gesicht aufgeschlitzt – teils in Hannover, teils in Neustadt am Rübenberge, wo etliche der Kollegen wohnten. Einer von ihnen war Spiridon Kardakaris, der am Sonntag auf dem Weg zu einem Seminar an der IG Metall Bildungsstätte Lohr war und am Bahnhof überfallen wurde. Insgesamt wurden ca. 20 griechische Kollegen überfallen. Es war allen klar, dass die Täter Schlägertrupps waren,

<sup>58</sup> Geschäftsbericht der IG Metall Hannover, 1975 bis 1977, S. 58, Archiv der IG Metall Hannover

<sup>59</sup> Geschäftsbericht der IG Metall Hannover, 1978 bis 1980, S. 84-86, Archiv der IG Metall Hannover

die gemäß einem Befehl des griechischen Geheimdienstes gegen Kritiker der Militärjunta auch im Ausland vorgingen. Es ist stark zu vermuten, dass der griechische Generalkonsul in Hannover, Athanasios Exintaris, diese Angriffe koordinierte. Die IG Metall dokumentierte die Ereignisse in einer Broschüre<sup>60</sup> und unterstützte die griechischen Kollegen auch durch Rechtsschutz. Sogar das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« berichtete über die Ereignisse und über die Aktivitäten der IG Metall Hannover.<sup>61</sup> Im VW-Werk wurden drei der erkannten Schläger entlassen.

### *Der 1. Mai in Hannover*

Nach schwachen Beteiligungen an den Veranstaltungen zum 1. Mai Mitte der 1960er Jahre, hatte ein sogenannter Montagskreis von verschiedenen Hannoveraner Gewerkschaften Vorschläge zur Wiederbelebung des 1. Mai gemacht. 1968 nahmen wieder 8.000 Menschen an der Kundgebung teil. Im Jahr 1969 kam es wegen des Hauptredners für die 1. Mai Veranstaltung zu einem Konflikt: Der DGB hatte den Bundesverkehrsminister Georg Leber als Hauptredner eingeladen, der vorher Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden war und für eine sozialpartnerschaftliche Gewerkschaftspolitik stand. Dies führte zu heftiger Kritik aus den Reihen vieler Gewerkschafter, so auch aus der IG Metall. 1976 fand erstmals im Anschluss an die DGB-Kundgebung ein »Internationales 1. Mai Fest« am Lister Turm statt, das von amnesty international, den Falken, anderen politischen Gruppen und insbesondere von spanischen, griechischen und türkischen Vereinen veranstaltet wurde. An der DGB-Kundgebung auf dem Klagesmarkt haben die meisten teilgenommen, aber viele zogen danach in einem Demonstrationzug zum Lister Turm. Dies führte dazu, dass in den Folgejahren auch die 1. Mai-Veranstaltung auf dem Klagesmarkt um ein Familienfest ergänzt wurde – mit vielen kulturellen und kulinarischen Angeboten.<sup>62</sup>

### *Arbeitskreis »Senioren«*

Seit 1976 existiert in der IG Metall ein Arbeitskreis, der zunächst »Rentner« hieß und ab 1984 »Senioren«. Ziel war und ist es, einerseits die Bindung der älteren Kolleginnen und Kollegen an die IG Metall zu erhalten, andererseits werden konkrete Hilfestellungen rund um das Thema Rente bearbeitet und politische Positionen zu dem Thema formuliert. Neben der Unterstützung bei Demonstrationen und Warnstreiks hat der Arbeitskreis Senioren regelmäßig eigene Aktionen gestartet. In monatlichen Rentner-Versammlungen kommen 60 bis 100 Kolleginnen und Kollegen regelmäßig zusammen. Zusätzlich entstanden separate Seniorenarbeitskreise in Ricklingen, Stöcken und Barsinghausen.<sup>63</sup>

## **Tarifpolitik**

---

<sup>60</sup> IG Metall Hannover, Dokumentation – Gefahr für griechische Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1970, Archiv des IG Metall Vorstandes in Frankfurt

<sup>61</sup> Der Spiegel, Heft 18/1970

<sup>62</sup> DGB-Kreis Hannover, 100 Jahre 1. Mai in Hannover, 1990, S.46

<sup>63</sup> IG Metall Hannover, Geschäftsbericht 1996 bis 1999, S.99 bis 100

In der Zeit von 1967 bis 1976 wurden mehrere zentrale Tarifverträge zwischen dem Vorstand der IG Metall und dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall abgeschlossen:

*Rationalisierungsschutzabkommen:* Vor dem Hintergrund massiver Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmer ergaben sich für zahlreiche Beschäftigte erhebliche Nachteile wie z.B. Umsetzungen, Abgruppierungen und insbesondere Entlassungen. Da es bis 1972 im Betriebsverfassungsgesetz nur unzureichende Regelungen zum Interessenausgleich und gar keine Regelungen zum Sozialplan gab, stellte die IG Metall entsprechende Forderungen. 1968 wurde ein sogenanntes Rationalisierungsschutzabkommen vereinbart. Neben Informations- und Beratungsrechten des Betriebsrates enthielt es Regelungen zu Versetzungen, Abgruppierungen und Umschulungsmaßnahmen sowie Abfindungsregelungen bei Entlassungen.

*Tarifvertrag zum Schutz gewerkschaftlicher Vertrauensleute:* Die IG Metall forderte seit langem einen Schutz für Vertrauensleute. Die Unternehmer waren nicht bereit, über dieses Thema zu verhandeln. 1969 wurde dennoch ein zentraler Tarifvertrag vereinbart, der weit hinter den Vorstellungen der IG Metall zurückblieb. Die zentrale Bestimmung war, dass gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, die dem Arbeitgeber benannt werden, aus dieser Eigenschaft und Tätigkeit keine Nachteile erwachsen.

*Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und vermögenswirksame Leistungen:* 1970 wurde erstmals ein Tarifvertrag zu vermögenswirksamen Leistungen durchgesetzt, und zwar in Höhe von 26 DM pro Monat. 1972 konnte erstmals ein »Weihnachtsgeld« von bis zu 30% und 1974 von bis zu 40% eines Monatsverdienstes vereinbart werden. Im Jahr 1974 wurde eine Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes von 30% auf 50% erreicht.

Für die niedersächsische Metallindustrie konnten in diesem Zeitraum drei wichtige Tarifbestimmungen geregelt werden:

*Angleichung der Gehälter von kaufmännischen und technischen Angestellten:* Seit den ersten Tarifverträgen von 1948 gab es in den Gehaltstarifverträgen unterschiedliche Gehaltstabellen für kaufmännische und technische Angestellte sowie Meister. Dabei lagen die Gehälter der kaufmännischen Angestellten um über 100 DM, in der Spitze sogar 300 DM unter denen der technischen Angestellten. Am 14. April 1973 konnten einheitliche Gehaltsgruppen für alle Angestellten durchgesetzt werden. Der neue Tarifvertrag trat 1973 in Kraft.<sup>64</sup> Mit dieser Regelung lag Niedersachsen bundesweit sehr weit vorne. In anderen Tarifgebieten erfolgte eine Angleichung erst Anfang der 2000er Jahre mit der Vereinbarung der Entgelt-Rahmentarifverträge (ERA).

*Eingruppierungsbestimmungen für Frauen:* Durch das Kriterium »leichte körperliche Arbeit« in der Beschreibung der unteren Lohngruppen wurden Frauen indirekt beim Lohn diskriminiert (vgl. S. XXX). 1974 gelang es der IG Metall erstmals im Bundesgebiet, dieses Kriterium in den Lohngruppentexten zu streichen.

*Alters- und Verdienstsicherung:* 1975 trat in der Metallindustrie ein Tarifabschluss zur Alters- und Verdienstsicherung in Kraft. So konnte Beschäftigten gestaffelt vom 53. bis 55. Lebensjahr und einer Betriebszugehörigkeit von zehn bis zwölf Jahren nicht mehr gekündigt werden. Außerdem wird ihnen Lohn bzw. Gehalt bis zu 95% garantiert, falls die Umsetzung aus betrieblichen oder gesundheitlichen Gründen erfolgt.

---

<sup>64</sup> Geschäftsbericht der IG Metall Bezirksleitung Hannover 1972 bis 1974, S. 49